Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 54 (1976-1977)

Heft: 8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich
Rämistr. 66

Postfach
8025 Zürich

ng Nr. 8 Januar 1977

Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ VSETH

Redaktion/Administration:
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. ☏ (01) 47 75 30
Postscheck 80-35 598

Inserate:
Mosse-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☏ (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. –.48

Abonnemente:
Jahresabonnement
(inkl. «das konzept»)
Inland Fr. 22.–
Ausland Fr. 26.–

und **das konzept**

Quartierpolitik in der Stadt Zürich: Kreis 1

Das verwaltete Quartier

«Wir können aus nächster Nähe beobachten, wie unser Quartier immer mehr an Lebendigkeit, Wohnlichkeit und Menschlichkeit einbüsst. Erschwingliche Wohnungen werden rar, die Bevölkerung nimmt ab, und die Wohnqualität verschlechtert sich.» Die Bewohner der Altstadt schätzen die Entwicklung ihres Kreises zum Banken- und Geschäftsviertel recht nüchtern ein. Ihr Einfluss im Quartier ist beschränkt. Aus der Planungsphase der kommunalpolitischen Entwicklungsprozesse etwa sind die Bewohner ausgeschlossen (wenn überhaupt geplant wird). Sie haben lediglich das Referendumsrecht – um das Schlimmste zu verhüten. Und die 4000 Stimmen, die es für das Zustandekommen eines Referendums braucht, sind für den einwohnerarmen Kreis 1 ein harter Brocken. Doch gerade die, welche im Kreis 1 nicht nur «auf Zeit» wohnen wollen, geben nicht auf: Sie organisieren sich in Quartiergruppen, Einwohnervereinen. – Wie es um die Quartierdemokratie und das Engagement der Bewohner in der «Grossstadt» Zürich steht, möchten wir wissen. Mit dem Kreis 1 fängt unsere Umfrage an.

Der Kreis 1 ist zum Zentrum der Banken und Versicherungsgesellschaften geworden. Jeden Tag verdrängen vier neue Arbeitsplätze einen Einwohner. Wie lange wird im Kreis 1 überhaupt noch gewohnt, beziehungsweise was haben die heute noch 7751 Einwohner zu «ihrem» Quartier zu sagen?

Quartiergremien noch Utopie

Quartiergremien, in denen die Einwohner als verbindliche Gesprächspartner der Stadtverwaltung in kommunalen Fragen mitsprechen können, gibt es in Zürich nicht. Die im Bericht Jürgensen[1] vorgeschlagenen Quartiergremien, die eine Vertretung der Interessen der Quartierbewohner auf kommunalpolitischer Ebene institutionalisieren sollten, bleiben vorläufig papierene Utopie. Obwohl die Kommission des Gemeinderates, die den Jürgensen-Bericht bearbeitete, die Schaffung von Quartiergremien empfahl, lehnte die bürgerliche Ratsmehrheit dieses Begehren ab. Die Mitbestimmung der Einwohner auf Quartierebene passte offenbar nicht in das Konzept der heutigen Stadtverwaltung.

Auch die «historisch gewachsenen» offiziellen Quartiervereine im Kreis 1 (das sind der *«Rennweg-Quartierverein»* und der *«Quartierverein rechts der Limmat»)* waren über den Vorschlag der Kommission nicht begeistert: Sie empfanden diese Gremien, vor allem wenn sie parteipolitisch zusammengesetzt sein sollten, als Konkurrenz. Heute steht innen immerhin das «Privileg» der offiziellen Kontakte zur Stadtregierung zu. «Offiziell» heisst in diesem Zusammenhang, dass die Vereinspräsidenten vom Stadtpräsidenten jährlich zu einem Essen eingeladen werden, wo sie mit den «Sorgen» des Stadtrates abgespeist werden.

Diskussionen «erübrigen sich»

Beide Quartiervereine stellen den Anspruch, die Interessen der Bewohner des Kreises 1 zu wahren und zu vertreten. Doch die 200 Mitglieder des «Rennweg-Quartiervereins» sind zu zwei Dritteln juristische Personen, und der Vorstand des «Quartiervereins rechts der Limmat» besteht ausschliesslich aus Geschäftsleuten, die zu einem grossen Teil gar nicht mehr im Kreis 1 wohnen, sondern sich in wohnlichere Gegenden zurückgezogen haben. Der «Quartierverein rechts der Limmat» macht denn auch nach Auskunft des Präsidenten Heiner Schwarzenbach von Mitte Dezember bis Mitte Januar den Laden zu.

Die Aktivitäten dieser Quartiervereine bestehen denn auch zur Hauptsache in der Durchführung von Werbeaktionen für die Geschäfte, geselligen Anlässen und einer Generalversammlung pro Jahr, für die ein reibungsloser Ablauf der Geschäfte ein Qualitätsmerkmal ist. Aus einem Versammlungsbericht des «Quartiervereins rechts der Limmat»: *«Die statutarischen Geschäfte gaben keinen Anlass zu Diskussionen, und auch die verschiedenen Voten – teilweise politischer Natur – unter Traktandum ‹Diverses› waren bald behandelt. Nicht dass diese Voten jeglichen Zündstoffes entbehrt hätten, aber der neugewählte Präsident Heiner Schwarzenbach wusste die Versammlung, zu der auffallend viele Mitglieder erschienen waren, so geschickt zu führen, dass sich weitere Diskussionen erübrigten» («NZZ», 14./ 15. Juni 1975).*

Nicht ganz an den Bewohnern vorbei

Für die *«teils urbane Atmosphäre und teils kleinstädtische Ambiance»* der Zürcher Innenstadt oder, prosaischer gesagt, für die *«Förderung und Erhaltung der City als Einkaufs-, Handels- und Wirtschaftszentrum»* («TA», 19.12.75), setzt sich unter anderen die *«City-Vereinigung»* ein. Sie steht Firmen, Wirtschaftsorganisationen und Interessenverbänden offen. Auch der «Rennweg-Quartierverein» zeichnet als Mitglied.

Neben den beiden offiziellen «Quartier-Gewerbe-Geschäftsvereinen» setzen sich im Kreis 1 noch eine ganze Anzahl anderer Vereinigungen für die «Interessen der Altstadt und der City» ein: die *«Unternehmergemeinschaft Niederdorf»*, die *«Interessengemeinschaft Oberdorf»*, die *«Vereinigung Bahnhofstrasse»*, die *«Vereinigung Löwenstrasse»* ... Was die «NZZ» (15. 10. 75) über eine weitere Vereinigung, die *«Vereinigung Limmatquai/ Marktgasse»*, schreibt, gilt wohl auch für die anderen Interessenverbände: Sie sind *«ein Zusammenschluss von Geschäftsleuten, der aber immerhin nicht blind an den Interessen der Bewohner vorbeigeht ...»* Im Fall des Rosenhof-Marktes etwa, der von interessierten Geschäften mit Unterstützung der Präsidialabteilung organisiert worden ist, hat sich das Eingehen auf die (Konsum-)Interessen gelohnt.

Wenn man die Aktivitäten all dieser Vereine betrachtet, könnte man glauben, dass es im Kreis 1 gar keine einwohnerbezogenen Probleme gibt. Dies belegen auch die Zeitungsberichte über das letztjährige «Gespräch» der Quartiervereinspräsidenten mit Stadtpräsident Widmer. Der «Rennweg-Quartierverein» bemängelte da etwa den ungünstigen Abholplan der Kehrichtabfuhr, die am Montag komme, wo doch die meisten Geschäfte geschlossen seien ...

Aktive Mütter

Dass es aber auch noch andere Probleme im Kreis 1 gibt, die das Leben der Bewohner dort bestimmen, zeigt der *«Einwohnerverein Altstadt links der Limmat»* auf. Der «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat», seit etwa drei Jahren aktiv, besteht nur aus Leuten, die auch im Kreis 1 ihren Wohnsitz haben (keine juristischen Personen). Entstanden ist er aus einer Initiative von rund zehn Müttern, die immer weniger Spielplätze für ihre Kinder vorfanden. Aus dieser Gruppe kamen die ersten Vorstösse an den Stadtrat für einen Kinderspielplatz auf dem neuen Urania-Parkhaus. Auch setzten sich diese Frauen für die Beibehaltung des Kinderspielplatzes auf dem Lindenhof ein. Die kleine Gruppe von interessierten Quartierbewohnern wurde allmählich grösser, und man begann gemeinsam Zielsetzungen für eine Quartierarbeit zu erarbeiten. Ein Verein wurde gegründet, da die bestehenden Quartiervereine die Vertretung der Interessen der Bewohner nicht gewährleisten würden (siehe Kasten links).

In Arbeitsgruppen versucht man diese Zielsetzungen zu realisieren. Wohnen, Verkehr, Kinderspielplätze, Bäume sind die Themen, die zurzeit am meisten beschäftigen.

Quartierarbeit und Parteipolitik

Stark engagierte sich der Einwohnerverein, als es um den Liegenschaftsabtausch der Stadt mit dem Generalunternehmer Steiner ging. («Steiner – Kuhhandel», zwei städtische Altliegenschaften sollten gegen das Utokulm-Restaurant abgetauscht werden, was dem Generalunternehmer Steiner eine «Totalsanierung» seiner Altstadtliegenschaften ermöglicht – und den Einwohnern eine weitere Verminderung und zugleich auch Verteuerung des Wohnraumes gebracht – hätte.)

Mit der Öffentlichkeitsarbeit im Fall Steiner hat sich der «Einwohnerverein in Altstadt links der Limmat» auch politisch exponiert. Das Verhältnis von Quartierarbeit und Parteipolitik wurde zu einem Kernpunkt der internen Auseinandersetzungen.

Mit über 160 Mitgliedern ist die SP 1 die im Quartier am besten vertretene Partei. Lediglich die FDP 1 hat noch etwas über 30 Mitglieder auf dem Papier. Die anderen bürgerlichen Parteien weisen bestenfalls einen Briefkasten oder ein Postfach im Kreis 1 auf.

Als einzige im Kreis 1 in der Quartierpolitik aktive Partei führte die SP 1 zusammen mit dem «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat» die Kampagne gegen den Steiner-Handel. Von daher wird der Einwohnerverein oftmals mit der SP identifiziert, obwohl er sich auf keine politische Linie festlegen will. So bezeichnete etwa der Obmann der Konferenz der Quartiervereinspräsidenten von Zürich[2], Ernst Kägi, den Einwohnerverein als *«politische Organisation, eindeutig SP-orientiert»*. Der Einwohnerverein kann zwar in seinen Stellungnahmen für die Presse die politisch neutrale Haltung herausheben und sogar auf Beiträge in der SP-Quartierzeitung verzichten, um parteipolitisch unabhängig zu sein; wenn es aber um die Durchsetzung von Interessen der Quartierbewohner geht, kann er nicht in

Fortsetzung auf Seite 2

[1] 1000seitiges Werk zur Entwicklung der Stadt Zürich. Ausgearbeitet von einem Bearbeiterteam unter der Leitung von Harald Jürgensen. Vergleiche «zürcher studlent» 52/1, April 1974

[2] Vereinigung der offiziellen Quartiervereine

Zugunsten der Wohnbevölkerung

So ist eigentlich fast jeder Altstadt-Anwohner gezwungen, sich die Frage zu stellen, ob er – und das gilt vor allem für Familien mit Kindern – Nachteile wie primitive sanitäre Einrichtungen in alten Häusern oder dann aber horrend hohe Zinsforderungen in Neubauten hinzunehmen gewillt ist, oder ob er sich am Ende doch noch in die gesichtslosen Aussenquartiere verziehen soll.

Nun, wir haben uns für die erste Lösung entschieden. Wir bleiben in der Altstadt und wir wollen für deren Erhaltung etwas tun. Hier der Wortlaut unserer Zielsetzungen:

1. Wir beschäftigen uns mit den Problemen der direkt betroffenen und indirekt betroffenen Bewohner, die alle den Zerfall des Quartiercharakters bedauern, oft aber unfähig sind, ihre Sorgen auszudrücken, Gesprächspartner zu finden, die grösseren Zusammenhänge zu sehen und etwas zur Verbesserung der Situation aktiv zu unternehmen.
2. Wir setzen uns ein für eine sozial vielschichtige Einwohnerschaft und ein lebendiges, wohngerechtes Quartier mit seiner ursprünglichen, differenzierten Infrastruktur. Dazu gehören: a) Erhaltung und Vergrösserung des Wohnraumes zu erschwinglichem Preis. b) Erhaltung des Kleingewerbes, der Läden und Beizen, die auch den Bedarf der Quartierbewohner decken. c) Neuüberdenken der Verkehrssituation. d) Verbesserung der Bedingungen für die Kinder (Spielplätze, Grünflächen usw.)

Es wäre für uns ohne Zweifel einfacher gewesen, einer schon bestehenden Organisation beizutreten. Unseres Wissens handelt es sich aber bei den Mitgliedern des Rennweg-Quartiervereins vorwiegend um Leute, die Geschäfte und Läden in der Altstadt besitzen, ihren Wohnort aber ausserhalb der Stadt haben. Wie können wir erwarten, dass sie die Anliegen der Anwohnerschaft glaubhaft vertreten? Wir sind darum bemüht, eine möglichst vielschichtige, vielfarbige, überparteiliche Gruppe zu formieren, damit die verschiedenen Interessen im Quartier berücksichtigt werden. Es ist uns klar, dass wir die City mit ihrem berechtigten Geschäftscharakter nicht in ein ländlich-verträumtes Wohnquartier verwandeln können. Vielmehr möchten wir verhindern, dass gegenüber den Behörden die Geschäftsinteressen zu einseitig vertreten werden. Wir plädieren für eine Nutzungsänderung zugunsten der Wohnbevölkerung.

Bau(m)politik

«Hier fällt ein Baum, da steht ein Kran, und ewig bohrt der Baggerzahn.» Auch im Kreis 1. Auf den Baustellen wird meist an einer weiteren Bankfiliale, an einem noch protzigeren Versicherungsgebäude gearbeitet. Kleine Läden und Beizen baggert man zu Geschäftsbauten und kulinarischen Etablissements um. Ausser es handle sich um historisch wertvolle Bauten; da verhindert die Stadtverwaltung, dass die Häuser den Bewohnern durch geschäftstüchtige Privatleute entzogen werden: Diese Prunkstücke braucht sie selber, um sie Repräsentationszwekken zuzuführen. Zu sagen hat der Kreis-1-Bewohner dazu nichts. Kann er die Altstadtwohnung, die ihm teuer ist, nicht zahlen, so bleibt ihm nur noch die laue Sozialpolitik der städtischen Liegenschaftsverwaltung, wenn er im Zentrum der Stadt wohnen bleiben will.

Und die Bäume? Sie fallen, einer nach dem andern, der Entwicklung zum Opfer, weichen zusammen mit den Bewohnern dem Verkehr, dem Profit, den Dienstleistungsbetrieben. Und nun kämpfen die verbliebenen Bewohner um die verbliebenen Bäume und wollen sogar neue pflanzen lassen. Mitglieder des «Einwohnervereins Altstadt links der Limmat» gaben ein Gesuch ein bei der Stadtverwaltung für über hundert Bäume in der Altstadt; nachdem das Begehren die verschiedenen Amtsstellen durchlaufen hatte, blieben noch ganze drei stehen. Man sammelt bereits Unterschriften für einen einzelnen Baum – und schlägt im übrigen vor, auf Privatinitiative «vielleicht im Rahmen eines Wettbewerbs» selber Fassaden zu begrünen.

Lohnt sich diese Efeu-Politik? Soll man die Aufforstungspläne für eine «Begrünung» der Altstadt ernst nehmen?

Die Forderung nach Erhaltung von Bäumen entspricht einem bei der in der Altstadt täglich anfallenden Abgasmenge sehr realistischen Bedürfnis derjenigen Leute, die in der Altstadt nicht nur (in klimatisierten Büros) arbeiten oder einkaufen, sondern auch wohnen. Sie ist ein Teil des Kampfes um Lebensqualität in der Innenstadt, den gerade der erwähnte Einwohnerverein mit viel Initiative und Geduld aufgenommen hat. Der Weg führt wieder einmal auf einem langen Marsch durch die Institutionen, durch die Verwaltung, die für den letzten Baumfall einen Sachzwang oder eine Ausrede bereit hat: Ursprünglich (als die Stadt noch ein Städtchen war mit grüner Allmend in Wurfweite!) hatte es in der Stadt auch keine Bäume. Die heutigen Bewohner haben sich danach zu richten, nicht?

Wenn es Forderungen der Quartierbewohner politisch durchzusetzen gilt, stossen auch aktive Einwohnervereine heute schnell an Grenzen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die Parteien sind nicht in der Mehrheit, die realisieren würden, was der Bürgermeister von Bologna versucht: «Im Alltag der Quartiere haben wir niemals die Parteienfrage in den Vordergrund gestellt, sondern es ging uns immer um eine Auseinandersetzung zwischen Meinungen, um eine Konfrontation von Ideen und um die Erforschung der Bevölkerung – um eine Ausweitung der Demokratie also.»

Bruno Baeriswyl/Liselotte Suter

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Ladenöffnungszeiten:
Montag–Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

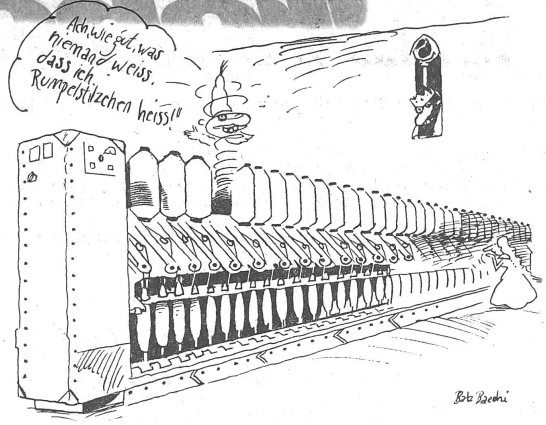
Preisentwicklung industrieller Produkte und Überkonsum

Das moderne Rumpelstilzchen

Ganz früher einmal trug es sich zu: Ein König mit goldgierigem Herzen sperrte Nacht für Nacht eine schöne Müllerstochter in eine Kammer voll Stroh, das sie zu Gold spinnen solle. Die Jungfer Müllerin, ein ganz normaler Mensch, verstand nichts davon. Sie war auf die Hilfe eines kleinen hässlichen Männchens angewiesen, dessen Namen sie nicht einmal kannte. Es verwandelte zur überwältigenden Freude des Königs Nacht für Nacht immer mehr Stroh in Gold. Von der unglücklichen Jungfer aber forderte es Nacht für Nacht immer mehr Lohn. Aus dieser Abhängigkeit vermochte sich die Müllerstochter bekanntlich nur zu befreien, indem sie das Männchen beim Namen nannte: Rumpelstilzchen. Goldgierige Könige gibt es heute nicht mehr, aber profitorientierte Unternehmen. Rumpelstilzchen mit seiner ungeheuren Produktivität ist kein hässliches Männchen mehr, sondern blitzblanke Technologie, hochgezüchtete Prduktionsweise. Wem nützt sie?

Sicher klingt das Geld in den Kästen der Unternehmer, und auch der Konsument kauft dank Rationalisierung in den Betrieben preisgünstiger ein. Rationalisierung ist jedoch nur bei grosser Produktion möglich: Im Kauf der billigen Ware inbegriffen sind die Probleme der industriellen Überproduktion. Käme zum Beispiel ein Kilogramm Garn oder Faden für Näh-, Web- oder Strickzwecke und ähnliches und somit ein Kilogramm Kleider überhaupt nicht billiger zustande, wenn in den Spinnereien langsamer produziert würde und wir uns mit einem kleineren jährlichen Konsum an Textilien zufriedengäben? Die folgende Studie, welche auf einer Diplomarbeit am Textiltechnischen Institut der ETH Zürich aufbaut, versucht, am Beispiel der Garnproduktion in Spinnereien eine Antwort auf diese spezielle Frage zu geben und auf diese Weise das Problem der industriellen Überproduktion einzukreisen.

René Ruoff



Ein sehr grosser Teil unserer Konsumprodukte, von den Eiern über Textilien, von kleinen Alltagsartikeln bis zu teureren Seriefabrikaten wie Kühlschränke und Fahrzeuge, wird heute mittels starker Rationalisierung kosten- und daher preisgünstiger fabriziert als früher. Wichtig dabei ist die Produktionsleistung (oder kurz: Produktion), also eine Grösse in Kilogramm pro Stunde oder Franken pro Stunde. Denn die für die Rationalisierung investierten Einrichtungen müssen innerhalb ihrer Lebensdauer abgeschrieben werden können, sie kosten also auch Franken pro Stunde. Wenn diese Kosten auf eine grosse Menge Güter, die in dieser Zeit produziert werden, verteilt werden können, fallen sie natürlich pro Produkt kleiner aus.

Einmal abgesehen von allen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen und gesellschaftlichen Folgen, welche die Rationalisierung und die damit eng verbundene Arbeitsteilung mit sich bringt, scheint die rationelle Produktionsweise also die kostengünstigste zu sein.

Vom wirtschaftlichen Autofahrer

Jedermann weiss nun aber, wie z.B. ein Auto rentiert, wenn man es sehr oft gebraucht (= hohe Produktion an Fahrkilometern pro Zeiteinheit) oder wenn man es fast nie braucht. Man kann den Kilometerfahrpreis berechnen, indem man sämtliche innerhalb einer gewissen Zeit durch das Fahrzeug verursachten Kosten (Versicherung, Benzin, Reparaturen, Parkbussen usw.) durch die gefahrenen Kilometer dividiert. Daraus ersieht man, bei welcher mittleren Reisegeschwindigkeit ein Fahrtkilometer am günstigsten zu stehen kommt.

Dabei kommt auf jeden Fall als qualitatives Ergebnis heraus, dass eine Geschwindigkeit von 250 km/h einen hohen Kilometerpreis ergibt, insbesondere infolge Reparaturen und Bussen. Im andern Extrem fährt man mit einem Tempo von 10 km/h im ersten Gang auch nicht gerade günstig punkto Benzinverbrauch und Nutzung des Vehikels bis zu seiner natürlichen Verschrottung. Irgendwo zwischendrin, vielleicht bei 50 km/h, wird sich ein minimaler Kilometerpreis ergeben.

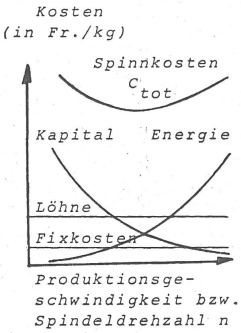
Bei allen Produktionsgütern können derartige Wirtschaftlichkeitsüberlegungen angebracht werden; es ist gar noch einfacher als beim Automobil, weil weniger subjektive Faktoren das Gesamtbild beeinflussen. Es ist nun bei der Frage nach den minimalen Herstellungskosten sehr wesentlich, ob nur die Aufwendungen des Betriebes in Betracht gezogen werden oder auch diejenigen, welche die Öffentlichkeit, d. h. die Konsumenten, via direkte Steuern, hohe Kleinbezüger-Strompreise oder via Umweltbelastung durch den raschen Konsum leistet.

Im ersten Abschnitt sollen nur die betrieblichen Kosten für die Garnherstellung mit der Produktionsgeschwindigkeit in Zusammenhang gebracht werden, und erst am Schluss sollen die volkswirtschaftlichen Kosten auch noch betrachtet werden.

Das Spinnen und seine Kosten

Bei der Garnherstellung erteilt eine Ringspinnmaschine, an mehreren hundert Arbeitsstellen gleichzeitig, den leicht vorgedrehten Baumwoll- oder Wollsträngen (Vorgarne) ihre endgültige Drehung, indem ein um die Spule rotierender Läufer das zugelieferte Vorgarn auf die Spindel aufwickelt. Lässt man das Vorgarn langsam zu und lässt man die Spindel, welche den Läufer auf dem Ring schleppt, sehr schnell rotieren, so entsteht ein stark gedrehtes und somit festes Garn. Diese auf hohen Drehzahlen rotierenden Spindeln sind enorme Energieverbraucher, da der Energieaufwand für den Hauptantriebsmotor etwa im Quadrat mit der Spinddeldrehzahl anwächst. In einer Spinnerei gehen denn auch 60 bis 80% der Energiekosten für sämtliche Spinnereimaschinen (vorbereitende Maschinen) auf das Konto der Ringspinnmaschinen.

Nebst den Energiekosten reihen sich noch Maschinenabschreibungskosten, Raumerstellungskosten (zusammen Kapitalkosten) sowie Lohn- und Fixkosten zu den totalen Spinnkosten von Fertiggarn. Untenstehendes Diagramm zeigt die Abhängigkeit der Spinnkosten von der Produktionsgeschwindigkeit:



Schnurr, schnurr, schnurr – immer schneller . . .

Die heute im Betrieb stehenden Ringspinnmaschinen (RSM) erreichen genau diejenigen Spindeldrehzahlen, mit welchen man das kostengünstigste Garn herstellen kann. Diese minimalen Kosten liegen in der Talsohle der Kurve C_{tot} (siehe Diagramm). Natürlich treffen die z. B. von der Firma Rieter empfohlenen Drehzahlen nur für bestimmte Maschinenpreise, Strompreise, Abnutzungsdauer usw. zu, was an den folgenden Zahlenbeispielen illustriert wird:

Beispiel 1 für Industriestaat:

Raumnutzungsdauer für den RSM-Betrieb	30 Jahre
Nutzungsdauer der RSM (kalkulatorische)	10 Jahre
Strompreis	0.06 Fr./kWh

Resultierende Garnherstellungskosten C_{tot}:

Spindeldrehzahl n	Kosten C_{tot}	Produktion
10 000 U/min	**0.98 Fr./kg**	540 kg/h
8 000 U/min	1.01 Fr./kg	432 kg/h

Es zeigt sich, dass unter den getroffenen ökonomischen Verhältnissen die niedrigsten Herstellungskosten bei einer Spindeldrehzahl von etwa 10 000 U/min erreicht werden. Für längere Nutzungsdauern von Maschine und Raum, welche sich für eine Ringspinnmaschine technisch bis auf 40 bzw. 100 Jahre erstrecken können, liegt jedoch der tiefste Punkt der Kostenkurve bereits bei kleineren Tourenzahlen als der von Rieter empfohlenen.

An einem weiteren Beispiel, welches für die Garnherstellung in einem Entwicklungsland typisch ist, soll dies aufgezeigt werden, indem nur diese Nutzungsdauern verlängert werden sowie ein realistischerer Strompreis von 0.10 Fr./kWh eingesetzt werden soll:

Beispiel 2 für Entwicklungsland

Raumnutzungsdauer für der RSM-Betrieb	50 Jahre
Nutzungsdauer der RSM (effektive)	30 Jahre
Strompreis	0.10 Fr./kWh

Resultierende Garnherstellungskosten: C_{tot}

Spindeldrehzahl n	Kosten C_{tot}	Produktion RSM
10 000 U/min	0.59 Fr./kg	540 kg/h
8 000 U/min	**0.56 Fr./kg**	432 kg/h
6 000 U/min	**0.56 Fr./kg**	324 kg/h
4 000 U/min	0.61 Fr./kg	216 kg/h
2 000 U/min	0.87 Fr./kg	108 kg/h

Wird die volle Lebensdauer der Maschine genutzt (2. Beispiel), so ergibt sich also ein tieferer Herstellungspreis des Garnes, wenn die Produktion nicht auf den höchstmöglichen Tourenzahlen betrieben wird, sondern etwa bei 7000 U/min. (Nebenbei bemerkt sind die Lohnkosten unabhängig von der Spinddeldrehzahl n; bei schnellerer Produktion sind zwar mehr Arbeiter notwendig, aber es wird stündlich mehr produziert).

Fehl am Platz

Aus dem zweiten Beispiel geht hervor, dass die für unsere Verhältnisse konzipierten Maschinen in Entwicklungsländern nicht optimal eingesetzt werden können. Maschinenkäufer aus der dritten Welt sind in zweifacher Hinsicht betrogen: Sie müssen eine für ihre Lage zu teure, weil zu schnelle Spinnmaschine abschreiben. Zur raschestmöglichen Abschreibung der Maschine durch intensive Produktion sind sie gezwungen, viel teure Energie zu verbrauchen. Die Bereitstellung der Energie erfordert immenses Kapital und bringt deshalb diese Länder in eine starke Abhängigkeit und einen Produktionszwang à la manière européenne.

In Anbetracht des sehr niedrigen Eigenkonsums an Textilien der Entwicklungsländer wirkt sich dieser Zwang erst recht absurd aus. Für ihren eigenen Textilkonsum könnten sie mit einfachen Maschinen günstiger produzieren, indem sie anstelle teurer Energie vermehrt billigen Boden als Produktionsfaktor einsetzen würden, dies würde bedeuten: Einsatz von langsamen und platzraubenden, dafür ganz billigen Maschinen unter Ausnutzung ihrer vol-

Fortsetzung auf Seite 6

FREIHOFER's
Wissenschaftliche Buchhandlungen
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Wirtschaftswissenschaft
Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Aus einem Diskussionsprotokoll

Wir meinen die Altstadt müsse nicht aussterben!

D.: Wie sollte die Erneuerung der Altstadt vor sich gehen? Wie können schlagartige Veränderungen verhindert werden? Wie sieht die Zukunft unseres Quartiers aus?

M.: Kurzfristig lässt sich nichts machen. Die jetzige Situation hat sich langfristig entwickelt. Solange die Bevölkerung

nicht sensibilisiert wird für die Probleme der Altstadt, ist nichts zu machen. Also sollten wir diese Sensibilität wecken, Presse, Politiker mobilisieren.

D.: Sollten wir nicht utopische Vorstellungen, wie dieses Quartier aussehen könnte, entwickeln?

R.: Wir sollten darauf beharren, dass wenigstens die Wohnflächenanteile gemäss dem revidierten Baugesetz und das Wohnschutzgesetz eingehalten werden.

K.: Eine Entwicklung muss sein, aber sie muss human sein. Anonymer Besitz führt zu inhumanen Entwicklungen. Jeder sollte überblicken, was er besitzt, und selber die Konsequenzen erleben.

M.: Die Schönheit unserer Städte entstand im Mittelalter, wo ein einzelner bestimmte. Mit demokratischen Mitteln ist eine Stadt schwer zu gestalten.

K.: Der Vergleich mit dem Mittelalter hinkt. Ein Fürst ist nicht anonym.

D.: Was wir brauchen, sind Spezialgesetze für die Altstadt, wie z. B. in Bologna.

P.: Unsere Verhältnisse sind anders. Bei uns herrscht ein bürgerliches Leitbild. In Bologna bestimmt eine kommunistische Regierung.

K.: Die Stadt will bekanntlich gute Steuerzahler hereinholen. Wir sollten in einem Gespräch mit dem Stadtrat betonen, dass nicht nur das Steueraufkommen wichtig ist. Wir sollten die Stadt auffordern, Häuser, z. B. von Steiner, wieder zurückzukaufen, Gesetze zu ändern usw.

B.: Aussenagglomerationen sollten mehr an die Stadt zahlen (Schwund der Steuergelder durch Abwanderung), an Opernhaus, Theater, Kunsthaus, Spitäler usw. Das würde die Stadt finanziell entlasten.

D.: Wird Jürgensens Forderung, die Bevölkerung auf 400 000 zu stabilisieren, auch im Kreis 1 ernst genommen? Dieser Kreis gilt nach wie vor als Kernzone mit wenig Bevölkerung, als grosses Einkaufszentrum mit Cachet. Private bauen notgedrungen schon genug Luxuswohnungen. Nur die Stadt hat die Möglichkeit, billig zu vermieten. Sie sollte daher bewusst eine ergänzende Politik zu den Privaten betreiben. In letzter Zeit hat sich die politische Leitlinie in dieser Beziehung geändert. Früher war es anders.

Einwohnerverein Altstadt links der Limmat

Das verwaltete . . .

Fortsetzung von Seite 1

jedem Fall eine Zusammenarbeit mit einer politischen Partei umgehen. Und damit ist, wie sich im Fall Steiner herausstellte, das Image der Überparteilichkeit schon gefährdet.

Die «politisch neutralen» historischen Quartiervereine mischen in der Politik kräftig mit: Das Portieren von Gemeinde- und Stadtratskandidaten gehört wohl zu ihren wichtigsten Nebenzwekken. Im Gegensatz dazu macht der Einwohnerverein Quartierpolitik, auch wenn er von Fall zu Fall parteipolitische Unterstützung hat.

Eigentliche Quartiergremien, wo die Bewohner direkt an der Stadtverwaltung teilnehmen könnten, gibt es wie gesagt (noch) nicht. Eine Mitbeteiligung der Quartierbewohner an der Stadtentwicklungspolitik wäre im Kreis 1, welcher von der Fehlplanung vor allem der 60er Jahre besonders betroffen wurde, dringend notwendig.

Bruno Baeriswyl/Liselotte Suter

*

Stadtistisches aus dem Kreis 1

Wohnbevölkerung: 7751.
Veränderung 1950–1956: – 56 Prozent. (Wohnbevölkerung der gesamten Stadt: 389 613).
Im Kreis 1 beschäftigte Personen: 66 468. (Davon wohnen rund 4000 auch im Kreis 1).
Wohnungsbestand Ende 1975: 2888. (Wohnungsbestand 1960: 3622). Beim weitaus grössten Teil der Wohnungen handelt es sich um Ein- und Zweizimmerwohnungen.
Eigentümer der Gebäude:
Private Eigentümer: 1470.
Öffentliche Eigentümer (Stadt, Kanton usw.): 447.
Wohnhäuser: 35 Prozent der Gebäude. Der Rest sind reine Geschäftshäuser.
Bodenpreise: ca. 10 000 Fr. pro m^2, Bahnhofstrasse bis 80 000 Fr. pro m^2. (Ganze Stadt: 1000 Fr. pro m^2).

Stadtentwicklung, Stadtzerstörung

«zürcher student» und «das konzept» über die Zürcher Altstadt.

«Schicksal einer Altstadtidylle – Stein um Stein in Steiners Hände», zs 54/3, 1976

«City-Vereinigung: 20 Postulate für die Stadtzerstörung», «Stadtrat verschachert Flusslandschaft», zs 53/8, 1976

«Banken planen ihre City», zs 52/8, 1975

«Spieglein, Spieglein, in der Gasse . . . **Die Wohnungsnot des ETH-Schulratspräsidenten»,** zs 51/9, 1974

«Zürich, die Park-City in Grau», zs 52/5, 1974

«U-Bahn: Monopole rüsten zum Kampf», konzept Nr. 1/1973

«Bärengasse: Allmacht der Besitzer», zs 51/7, 1973

«Mühlegasse: Häuserabbruch?», zs 50/4, 1972

Jede Nummer kann gegen 1 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion bezogen werden. Alle Nummern zusammen sind für 6 Franken zu haben.

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Georg Hodel, Matthias Moser, Liselotte Suter.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 9: 21. 1. 77
Inseratenschluss Nr. 9: 28. 1. 77

12./13. März: Die voraussichtlich endgültige Volksabstimmung über das Expressstrassen-Ypsilon

Zürcher Ypsilon – zum letzten Mal?

Weil die Zürcher Behörden sich vor zwei Jahren geweigert haben, den Volkswillen anzuerkennen, musste zum zweiten Mal eine Initiative gegen das Expressstrassen-Ypsilon lanciert werden. Diese Initiative gelangt am 12./13. März zur Abstimmung. Warum diese zweite Abstimmung stattfinden muss, worum es dabei geht und was auf dem Spiel steht, darüber informiert der folgende Artikel. Ebenso klar, wie die betroffene Bevölkerung vor zwei Jahren gegen das Ypsilon entschieden hat, ebenso klar wird heute daran weitergebaut. Dieser Artikel geht deshalb auch der Frage nach, ob das Ypsilon überhaupt noch zu stoppen ist. In der nächsten Nummer werden wir noch je eine befürwortende und eine ablehnende Stellungnahme zur Initiative abdrucken.

Dass das Zürchervolk ein zweites Mal über dieselbe Sache abstimmen muss, ist nicht auf eine Zwängerei der Y-Gegner zurückzuführen, sondern auf die Weigerung von Regierungsrat und Stadtrat, den 1974 zum Ausdruck gebrachten Volkswillen zu respektieren. Wie die Stimmbürger damals betrogen worden sind, lesen Sie weiter hinten unter dem Titel «Der Volksbetrug von 1974» (oder ausführlich im «konzept» vom April 76).

Was heute zur Diskussion steht, ist die *«Volksinitiative für ein Zürich ohne Expressstrassen»*, von den *Progressiven Organisationen Zürich* gleich nach der ersten Abstimmung lanciert als Antwort auf die falsche Auslegung des Abstimmungsergebnisses. Sie verlangt schlicht und einfach:

«Die auf dem Gebiet der Gemeinde Zürich liegenden, nicht zur Umfahrung gehörenden Verbindungsstücke der Nationalstrassen N 1 und N 3 (sog. städtische Expressstrassen) sind aus dem Nationalstrassennetz herauszunehmen.»

Wie 1974 handelt es sich dabei um eine sogenannte Standesinitiative, d. h. die obige Forderung muss, wenn die Initiative angenommen wird, vor die Bundesversammlung gebracht werden, die endgültig darüber beschliesst.

Was bewirkt die Initiative?

Hat die Initiative vor der Bundesversammlung denn überhaupt eine Chance? Sicher. Erstens können es sich die eidg. Räte politisch kaum leisten, gegen einen klaren Mehrheitswillen der gesamten Kantonsbevölkerung zu entscheiden; in einer Sache zumal, die von keiner nationalen Bedeutung ist, sondern nur den Kanton Zürich etwas angeht, letztlich eigentlich sogar nur die Stadt.

Zweitens gibt es immer noch das Versprechen von Bundesrat Tschudi: *«Expressstrassen werden nur gebaut werden, wenn Bund, Kantone und Städte sich – unter Zustimmung des Volkes – verständigen. Ein Projekt, das von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, wird auch nicht vom Bundesrat genehmigt werden.»*

Drittens ist der Bund in der Finanzklemme. Er wird kaum ein Interesse daran haben, Hunderte von Millionen Franken nach Zürich zu pumpen, für etwas, das dem Bund nichts nützt und das die Zürcher gar nicht wollen. Aus eingeweihten Kreisen verlautet, dass «die in Bern» nur darauf warten, die Ypsilon-Übung schicklich abbrechen zu können.

Was bedeutet es also, wenn die «Volksinitiative für ein Zürich ohne Expressstrassen» am 13. März angenommen wird? Es bedeutet, dass ganz sicher *kein neues Y-Teilstück mehr in Angriff genommen werden wird.* Damit ist auch sichergestellt, dass die heute noch intakten Flusslandschaften von Limmat und Sihl, mitten im Zentrum der Stadt, nicht bis zur Unbrauchbarkeit verschandelt werden. Ob der Milchbucktunnel, an dessen Portaleinschnitten seit letzten Frühling völlig übereilt gearbeitet wird, tatsächlich noch zu Ende geführt wird, bleibt offen. Es besteht durchaus die Chance, dass auch da nicht mehr weitergebaut würde. Die Häuser am Südportal sind zwar geschleift, aber vom Tunnel selbst ist noch kein Meter gebohrt. Im März wird noch nicht einmal die Tunnelbohrmaschine montiert sein.

Was nicht?

Und was passiert, wenn die Initiative abgelehnt wird? Dann wird das Ypsilon gebaut werden bis zum bitteren Ende. Dann ist wohl die letzte Chance vorbei, ein Milliarden-Monsterbauwerk zu verhindern, dessen Konzeption längst überholt ist und zu dem eigentlich niemand mehr recht stehen kann.

Einigen wilden Gerüchten, die in der Kantonsratsdebatte über die Initiative zu hören waren, muss aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Etwas bedeutet eine *Annahme* der Initiative *sicher nicht:* Dass nämlich die bestehenden Teilstücke des Ypsilons der Eidgenossenschaft für teures Geld abgekauft oder dass sie nun gleich abgebrochen werden müssten. Das sind nichts als unsinnige und rein demagogische Behauptungen, die der bestehenden Rechtslage klar widersprechen. Nichtsdestoweniger werden sie im kommenden Abstimmungskampf wieder zu hören sein.

Was unterscheidet die neue Initiative von der alten? Sie ist besser formuliert. Der Titel heisst *«... für* ein Zürich ohne Expressstrassen» und verlangt so bereits im Titel nach dem *Ja.* Die alte Initiative hiess *«... gegen* das Ypsilon» und stiftete damit viel Verwirrung. Ein *Nein* zum Ypsilon musste nämlich durch ein Ja (zur Initiative) ausgedrückt werden. Das haben viele offenbar nicht realisiert.

Die neue Initiative beinhaltet *nicht mehr die Südumfahrung* mit dem Seetunnel. Das hat der ersten Initiative viele Stimmen gekostet.

Vor allem aber gelangt die jetzige Initiative *ohne Gegenvorschlag* zur Abstimmung. Der Stimmbürger kann sich also ganz klar für oder gegen ein expressstrassenfreies Zürich aussprechen.

2 Milliarden Gesamtkosten

Nach den offiziellen Kostenberechnungen (Stand 1973) setzen sich die Aufwendungen für das ganze Ypsilon folgendermassen zusammen (in Klammern: die bis jetzt verbauten Beträge; beides in Mio. Fr.):

Brunau–Sihlhölzli (Sihlhochstrasse)	72	(66)
Sihlhölzli–Letten (Sihltiefstrasse)	300	(–)
Lettendreieck	50	(–)
Letten–Milchbuck (Milchbucktunnel)	357	(5)
Milchbuck–Aubrugg (Nordast Schw'dingen)	250	(130)
Letten–Hardturm (Westast Limmat)	300	(–)
Total	1329	(201)

Nicht enthalten sind darin die Kosten für die vorgesehenen Parkhäuser, für die notwendigen städtischen Anschlussbauten, für die Überdeckung des Milchbucktunnel-Südportals usw. Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den zwei grössten Brocken um Tunnelbauten handelt (z. T. sogar im Grundwasser), wo bekanntlich Kostenüberschreitungen von 100% nicht aussergewöhnlich sind. Es ist daher gar nicht übertrieben, die Gesamtkosten mit 2 Milliarden Franken zu beziffern.

Wer bezahlt das? Nach dem geltenden Schlüssel bezahlt der Bund 58%, Stadt und Kanton Zürich müssen für je 21% aufkommen. Das Ypsilon kostet Stadt und Kanton also die Kleinigkeit von *je 420 Mio. Franken.* Bedenkt man, dass die Hälfte der kantonalen Steuereinnahmen aus der Stadt stammt, so muss die Stadt sogar für über 600 Millionen aufkommen.

Ist es schon zu spät?

Die Frage wird immer wieder gestellt, ob jetzt, 2 Jahre nach der ersten Abstimmung, nicht bereits zuviel investiert sei, als dass man jetzt noch aufhören könne. Die Kostenaufstellung zeigt aber, das von den zu erwartenden 2 Milliarden erst etwa 10% verbaut worden sind. Die Frage müsste also lauten: Soll man, nachdem 10% fehlinvestiert sind, deswegen die restlichen 90% auch noch in eine Fehlplanung stecken?!

Und zum andern: Seit 1974, als sich eine Mehrheit gegen das Y entschieden hatte, hat sich die Situation nicht wesentlich verändert. Der Nordast, in dem jetzt am meisten Geld schon drin steckt, war bereits vor zwei Jahren im Bau und stand nicht mehr zur Diskussion. Dazugekommen ist einzig der Geländeeinschnitt beim Milchbucktunnel-Südportal. Sonst nichts. Gar nichts.

Nutzlose Teilstücke?

Eine andere Frage ist die, ob die beiden nun bestehenden Teilstücke des Y, die Sihlhochstrasse und der Nordast bis zum Milchbuck, dann einfach nutzlose Investitionen wären, wenn das Y nicht fertig gebaut wird. Diese Frage ist vom Eidg. Amt für Strassen- und Flussbau bereits 1973 mit einem klaren Nein beantwortet worden. Es hielt damals unmissverständlich fest, dass die genannten Abschnitte auch isoliert durchaus eine sinnvolle Funktion erfüllen können.

Am Milchbuck oben ist ohnehin ein Parkhaus mit 2000 Parkplätzen vorgesehen. Diese Parkplätze werden im Sinne von Park and Ride nur dann wirklich benützt, wenn die Autobahn dort aufhört. Sonst fährt doch jedermann gleich durch den Tunnel in die Stadt hinein.

Die Ungewissheit und Planungslosigkeit scheint ohnehin das einzig Sichere an der Y-Bauerei zu sein. Noch heute besteht kein ausführungsreifes Projekt für die Sihltiefstrasse. Noch heute weiss kein Mensch, wo der Westast durchgeführt werden soll. Vor einem halben Jahr hat der Kanton angefangen, das Lettendreieck völlig neu zu planen. Noch heute weiss keine Amtsstelle, wie der Verkehr im Milchbucktunnel auf die Sihlhochstrasse geführt werden soll, solange die Sihltiefstrasse noch fehlt. (Und das wird mindestens 10–15 Jahre der Fall sein.) Der Zürcher Polizeivorstand erklärt sich ausserstande, jetzt schon ein Konzept für diese Verkehrsführung vorzulegen. Der VBZ-Direktor sieht dafür um so schwärzer für den öffentlichen Verkehr, der auf weiten Gebieten massive zusätzliche Behinderungen erfahren wird...

Die Volksabstimmung vom 22. September 1974 brachte kein überraschendes Ergebnis. Nach einem manipulierten Abstimmungskampf trat das ein, worauf die Y-Befürworter spekuliert hatten: Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag wurden vom Volk abgelehnt. Obwohl sich die Bevölkerung der Stadt Zürich mit der Annahme der Volksinitiative klar gegen das Y ausgesprochen hatte, verkündete der damalige Baudirektor Günthard flugs: *«Das Zürchervolk wünscht keine Veränderung am bewilligten Y-Projekt»* (TA vom 25. 9. 74).

Doch diese regierungsrätliche Interpretation, der sich auch die bürgerliche Presse anschloss, geht am Volkswillen vorbei. In der Frage, ob dem Willensentscheid der direkt betroffenen Stadtzürcher Bevölkerung gar keine Bedeutung zukomme, bloss weil die Abstimmung aus verfassungsrechtlichen Gründen kantonal durchgeführt werden musste, hätten sich Stadt- und Regierungsrat die Antwort nicht so leicht machen dürfen.

Der Volksbetrug von 1974

Inhaltlich standen sich am 22. September tatsächlich drei mögliche Alternativen gegenüber: Y, I und Beschränkung auf die Autobahnumfahrung. Da Paragraph 6 des Initiativenrechts bestimmt, dass jeweils nur über zwei sich gegenüberstehende und sich ausschliessende Vorlagen abgestimmt werden kann, muss eine allfällige dritte Variante *indirekt* aus dem Abstimmungsergebnis der beiden anderen Vorlagen herausinterpretiert werden. Dieser Interpretations*spielraum* – und darum handelt es sich in jedem Fall immer dann, wenn drei Varianten zur Diskussion stehen –, lässt sich manipulieren: Diejenige der drei Varianten, über die nicht direkt abgestimmt werden kann, sondern die nur durch ein doppeltes Nein ermittelt wird, erhält *zwangsläufig Stimmen geschenkt.* Welche Vorlage also von vornherein mehr Chancen hat, ist einzig und allein von der Fragestellung abhängig.

Beim Y sieht das Abstimmungsergebnis vordergründig so aus: Beide Vorlagen scheinen abgelehnt zu sein. Die Initiative wurde mit 138 227 Nein zu 101 837 Ja, der Gegenvorschlag mit einem Stimmenverhältnis von 128 795 Nein zu 111 128 Ja abgelehnt.

Doch der Schein trügt. Wenn alle Y-Gegner völlig zu Recht zugleich auch den Gegenvorschlag (das «I») abgelehnt haben und alle Befürworter des I (wegen der umstrittenen Südumfahrung) die Volksinitiative abgelehnt haben, dann haben die Y-Befürworter rund 100 000 Stimmen geschenkt erhalten, die *mit Sicherheit* nicht als Votum *für* das Y zu verstehen sind.

Eine Minderheit von rund 27 000 Y-Befürwortern hat also bloss wegen dieser zufälligen Fragestellung und einer falsch interpretierten Wahlarithmetik die beiden grossen Mehrheiten von je über 100 000 Stimmbürgern überstimmt. Hätten sich dagegen das Y und das I direkt gegenübergestanden, wäre also die Fragestellung etwas verändert worden, so wären sowohl das Y wie auch das I verworfen worden. Ob ein Abstimmungsmodus, der lediglich aufgrund verschiedener Fragestellungen völlig verschiedene Abstimmungsergebnisse «produziert», überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, dürfte mit Recht bezweifelt werden.

Dass auch der manipulierte Abstimmungskampf auf fruchtbaren Boden fiel, und manchen uninformierten oder unachtsamen Y-Gegner zur falschen Stimmabgabe bewog, bewies eine Untersuchung zweier Soziologen kurz nach der Abstimmung. Zahlreiche Stimmbürger sind der verwirrenden Fragestellung zum Opfer gefallen und haben ihren Stimmzettel falsch ausgefüllt. 19 Prozent der Stimmbürger in der Stadt Zürich haben sich gegen ihren Willen für das Y ausgesprochen, auf dem Land waren es sogar 33,4 Prozent der Y-Gegner, die für etwas anderes gestimmt hatten, als sie eigentlich wollten. Wenn man diese Zahlen berücksichtigt, waren es in der Stadt 71 Prozent, auf dem Land 55 Prozent der Urnengänger, die gegen das Y stimmen wollten.

«Funktionswandel» des Y

Ursprünglich sollte das Y eine Verknüpfung der im Raum Zürich zusammenlaufenden Autobahnen herstellen. Das Schwergewicht lag also auf der Bewältigung des Durchgangsverkehrs. Doch mit dem Entscheid der eidgenössischen Räte, die Nord- und Westumfahrung in das Nationalstrassennetz aufzunehmen, ist diese Funktion hinfällig geworden. In der Botschaft des Bundesrats über die Aufnahme der Nord- und Westumfahrung ins Nationalstrassennetz heisst es sogar, das Y müsse vom Durchgangsverkehr befreit werden, damit es andere Funktionen erfüllen könne. Damit rückte eine andere Absicht in den Vordergrund: Das Y als «Verkehrszubringer für die Innenstadt».

Dazu gehörte der Plan, das Y in City-Nähe direkt mit Parkhäusern zu verbinden, die zusammen rund 13 000 neue Parkplätze anbieten sollten. Das Y also als «Ansaugpumpe» für die Entwicklung der Banken-, Geschäfts- und Verwaltungs-City zu einer immer grösseren Metropole. (Nur zum Vergleich: Die 13 heute bestehenden Parkhäuser im City-Raum bieten zusammen rund 3200 Plätze an.) Der Umstand, dass eine solche Entwicklung der Innenstadt äusserst fragwürdig ist, führte dazu, dass einige dieser gigantischen Parkhausprojekte bereits wieder in den Schubladen der Planer verschwunden sind (auf dass sie wieder hervorgenommen werden können?).

Heute, im Zeichen des Umweltschutzes, wird das Y vor allem mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, es werde den in schon fast allen Stadtquartieren zur Plage gewordenen individuellen Verkehr «bündeln», «kanalisieren», in eine «Sammelschiene» leiten und die Wohnquartiere damit vom Verkehr befreien.

Entlasten Expressstrassen die Quartiere?

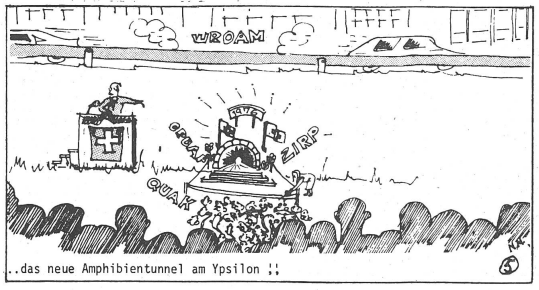
1. Beispiel: Wollishofen. Dem ganzen Verkehr zwischen Zürichsee und Sihl in die Stadt hinein standen vor 1974 im Raum Wollishofen–Enge drei Einfallachsen plus zwei namhafte Quartierschleichwege zur Verfügung. Darauf rollten täglich rund 30 000 Fahrzeuge in die Stadt heinein, 16 000 davon durch dichte Wohnbebauung.

Die 1974 eröffnete Sihlhochstrasse hätte nun also diesen Verkehr kanalisieren sollen. Die durchgeführten Zählungen ergaben aber nur eine Abnahme um 3000 Fahrzeuge pro Tag, im Wohngebiet 1500 Fz./Tag, also lediglich je etwa 10 Prozent. Demgegenüber ergab sich mit dem Verkehr auf der Sihlhochstrasse zusammen bereits einen Monat nach Eröffnung gesamthaft eine Zunahme um über 2000 Fz./Tag. In den zwei Jahren seither dürfte sich dieser Wert noch beträchtlich erhöht haben.

2. Beispiel: Milchbuck. Nach einer 1965 durchgeführten Verkehrserhebung fuhren pro Tag etwa 200 000 Fahrzeuge über den Milchbucksattel Richtung Stadt. Davon hätten 94 000 den Milchbucktunnel benützen wollen. Die Kapazität des Tunnels beträgt aber im Endausbau nur 70 000 Fz./Tag, mit der vorläufig vorgesehenen einen Röhre bloss 24 000 Fz./Tag. Das heisst also, dass (mit dem heutigen Verkehrsvolumen gerechnet) nur 30% bzw. 10% des Gesamtverkehrs von den Quartierstrassen abgezogen werden könnten.

Das Ypsilon bedeutet also: 2 Milliarden Franken für eine 10prozentige Verkehrsentlastung einzelner Quartiere. Was kostet eine 50prozentige Entlastung aller Quartiere? Rechne!

B. Schweingruber / B. Baeriswyl



Zürich ohne Y kommt nicht von selbst!

Zur Unterstützung der Initiative hat sich ein parteienunabhängiges «Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon» gebildet. Damit dieses Komitee den Abstimmungskampf wirksam führen kann, ist es dringend auf weitere Mitarbeiter(innen) angewiesen.

Wir brauchen Leute zum Texten, Produzieren und Verteilen von Flugblättern und Zeitungen, für Standaktionen, für organisatorische und administrative Arbeiten, für Grafik, Karikaturen, Gags, Ideen – einfach für alles. (Wir brauchen auch Geld!)

Wer noch einen Funken von Engagement gegen die Zerstörung unserer Stadt in sich trägt, der melde sich umgehend beim

Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon
Postfach, 8027 Zürich
oder Tel. 25 39 90

Kreis 2: Quartiergruppen gesucht

Diesmal haben wir etwas über die Quartierarbeit im Kreis 1 geschrieben? Haben wir etwas Wichtiges ausgelassen? Dann berichten Sie uns doch über Ihre Erfahrung. – Vielleicht wohnen Sie aber nicht im Kreis 1. Schreiben Sie uns trotzdem, welche Gruppen in Ihrem Quartier was an die Hand nehmen. Unser Bericht über die Quartierpolitik in der Stadt Zürich geht weiter. Das nächste Mal schreiben wir über den Kreis 2, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

FREIHOFER's
Wissenschaftliche Buchhandlungen
Medizin
Psychologie
Rämistrasse 37
8001 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Was soll die Studienzeitbeschränkung an der Uni?

Fahrt frei für Streber

Was ist Studienzeitbeschränkung? Bis jetzt hatte jeder Studierende das Recht, 14 Semester an der Uni Zürich zu studieren. Danach konnte er sich ohne Schwierigkeiten für weitere 14 Semester neu immatrikulieren. Ab Sommersemester 77 ist es anders: Jeder muss jetzt sein Studium in der für seine Fakultät vorgeschriebenen Zeit beenden. Die neue Regelung ist nicht wegen der paar Unermüdlichen aufgestellt worden, die sich nun nach x-mal 14 Semestern Studium von der Alma mater lösen sollten. Mit viel administrativem Aufwand wird ein rigider Zeitplan erstellt und installiert für die Mehrheit der Studenten, die bis jetzt – auch ohne dieses Instrument – ihre Unizeit auf einem vernünftigen Mass gehalten haben. Doch jetzt wird bei jedem einzelnen kontrolliert, ob er auch ja kein Semester überziehe; wie gesagt mit einem Riesenaufwand, denn selbstverständlich gibt es Ausnahmebestimmungen, die «von Fall zu Fall» angewandt werden können ... Der KStR deckt auf, wie es überhaupt zu dieser Regelung kam und wo überall sie als «Lösung» einspringen soll.

Am 8. Dezember des letzten Jahres entschied der Regierungsrat über die Änderung des Reglementes für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich. Im Klartext heisst das: Studienzeitbeschränkung als Gilgensches Weihnachtsgeschenk!

	1. Termin	2. Termin	Normale Höchststudiendauer
Theologische Fakultät:			
theoretisch-theologische Prüfung:			
ohne alte Sprachen	5	9	12
mit alten Sprachen	7	12	15
Rechts- und staatswiss. Fakultät:			
juristische Abteilung: Lizentiat	4	6	12
wirtschaftswiss. Abteilung; Lizentiat	5	6	12
Medizinische Fakultät: Diplom	4	12	15
Zahnmedizin: Diplom	4	10	13
Veterinär-med. Fakultät: Diplom	4	10	13
Philosophische Fakultät I: Lizenztiat		10	12
Philosophische Fakultät II: Diplom	4	10	13

Das Reglement sieht folgenden Ablauf des Studiums vor:

- Der Studierende muss sich bis zum ersten Termin einer propädeutischen Kontrolle (gemäss den Bestimmungen der Fakultäten) unterziehen. Macht er das nicht, so wird er vom Rektorat an die Studienberatung verwiesen und hat dieser Anordnung Folge zu leisten. Zieht er es vor, nicht hinzugehen, so ist sein Weiterstudium in Frage gestellt.
- Beim Eintreten des zweiten Termins muss er sich zu den Schlussprüfungen angemeldet haben, ansonsten wieder Gang zur Studienberatung. Studierende, die sich bis zum Ablauf der Höchststudiendauer nicht zu den Schlussprüfungen angemeldet haben, werden aus dem Verzeichnis der Studierenden gestrichen (d. h. Exmatrikulation!), wenn sie nicht besondere Gründe geltend machen können.

Zusammengefasst: Studierende, die einen Termin verpassen, müssen obligatorisch zum Studienberater, sonst riskieren sie, exmatrikuliert zu werden.

Die ED erzwingt die Regelung ...

Die Beschränkung der Studiendauer bedeutet einen grossen Umbruch in der Geschichte der Universität, hat sie doch weitreichende Folgen für das Studium und damit für die Studierenden, die in ihren ganzen Auswirkungen erst in ein paar Jahren sichtbar werden.

Liest man in den Akten der letzten Jahre, dann sieht man, dass diese Regelung nicht aus der Universität herauswuchs, sondern ihr von aussen aufgezwungen wurde. 1972 beauftragte die Erziehungsdirektion die Universität, Vorschläge auszuarbeiten für die Begrenzung der Studiendauer für Ausländer. Da die Universität eine Sonderregelung für die Ausländer berechtigterweise ablehnte, aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit der Begriff des «Langzeitstudenten» von rechter Seite immer mehr zur Polemisierung gegen die Universität und gegen die Studierenden missbraucht wurde, beauftragte die Erziehungsdirektion schliesslich die Universität, eine Regelung der Studienzeitdauer für alle Studierenden zu entwerfen.

Diesem Zwang von aussen setzte die Universität zunächst einmal passiven Widerstand entgegen. Sowohl Dozenten wie Studenten lehnten das Ansinnen der ED ab, weil bekannt war, dass nur wenige Prozent aller Studierenden als Langzeitstudenten betrachtet werden konnten und diese kleine Zahl keine Rechtfertigung einer Studienzeitbeschränkung für alle Studierenden abgibt. Der Widerstand der Universität ging Dr. Gilgen, der seine polit. Absicherung gefährdet sah, bald einmal zu weit, und mit der Drohung, er werde die Studienzeit nach eigenem Gutdünken beschränken, zwang er die Universität, das nun vorliegende und vom Regierungsrat genehmigte Reglement zu schaffen.

... die Studenten tragen die Folgen

Die Studentenschaft hat diese Regelung schon von Anfang an klar abgelehnt. Da wird den Studierenden eine Regelung aufgezwungen, die sich sachlich in keiner Weise begründen lässt, sondern eine reine Alibifunktion für die Politiker hat (auf dass sie noch einmal gewählt werden ...). Ausbaden müssen es aber nicht diese Politiker, sondern wir Studenten! Ausbaden deshalb, weil die Auswirkungen der Studienzeitbeschränkung in keinem Verhältnis zu ihrer potischen Alibifunktion stehen:

- Die heute schon bestehende Tendenz zur Verschulung des Studiums wird durch die Beschränkung der Studiendauer eminent verstärkt. Denn wenn ein Student sein Studium in z. B. 12 Semestern abgeschlossen haben muss, dann muss dieses Studium so strukturiert sein, dass dies auch allgemein möglich ist. Soundso viele Lehrgänge müssen als Minimum vorgeschrieben werden, nach deren Absolvierung man den Betreffenden als «reif» fürs Lizentiat betrachten kann. Da nun jeder Dozent die Tendenz hat, das, was er bietet, als absolutes Minimum hinzustellen, wird aus den Minimalanforderungen bald eine Maximalbelastung für den Studierenden, die es ihm nicht mehr erlaubt, sich in Gebiete, die ihn besonders interessieren, zu vertiefen.
- Einen besonders bedenklichen Sinn bekommt die Studienzeitbeschränkung unter dem Aspekt der immer noch steigenden Studentenzahlen. Die Versuchung, durch Schnellbleichen – wie sie eine Verschulung des Studiums darstellt – in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Studierende durch die Uni laufen zu lassen, wird durch sie praktisch institutionalisiert. Was das für die Qualität des Studiums bedeutet, fragt man lieber nicht.
- Die Studienzeitbeschränkung schafft für den Studierenden zusätzlich einen nicht zu unterschätzenden psychischen Druck. Er wird von Beginn des Studiums an das Gefühl haben, keine Zeit verlieren zu dürfen. Das heisst, er wird genau das tun, was vorgeschrieben ist, wird sich keine «Extras» erlauben und unter viel stärkerem Leistungs- und Prüfungsdruck stehen, als er es bis jetzt schon war. An diesem Druck werden auch weiterstreichende «Ausnahmebestimmungen» nichts ändern.

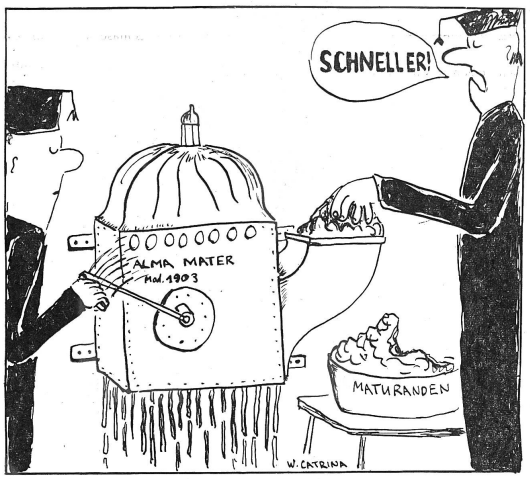
Neben diesen grundsätzlichen Argumenten gegen eine Studienzeitbeschränkung bringt das nun genehmigte Reglement einen Haufen zusätzlicher Probleme und Unklarheiten, unter denen wieder der Student zu leiden haben wird. So muss jetzt der Senatsausschuss sämtliche Ausnahmeregelungen beschliessen. Darunter fallen Wechseln des Studiums, Wechseln der Universität, Durchfallen bei Prüfungen, Zeitverlust durch Krankheit, Militärdienst usw.

Auch wenn man im Senatsausschuss heute bereit ist, möglichst weitgehende Ausnahmebestimmungen zu erlassen, so dass praktisch jeder länger studieren kann, bleibt zu vieles ungeklärt. Da ist einmal das Problem des Werkstudenten. Wie soll ein Werkstudent definiert werden? Ist das jemand, der soundsoviel verdient oder arbeitet? Nun ist aber die Belastung für einen Werkstudenten, der Medizin studiert, sicher viel grösser als für viele andere. Nach welchen Kriterien werden schliesslich die Anzahl der Semester bestimmt, die ein Werkstudent über die Höchststudienzeit hinaus studieren darf? Nach der Anzahl seiner Arbeitsstunden?

Ausserdem können auch die «largesten» Ausnahmebestimmungen des Senatsausschusses jederzeit wieder von diesem abgeändert werden, wenn er von oben (Erziehungsdirektion) oder durch die Zustände an der Uni (zu viele Studenten) genügend unter Druck gesetzt wird. Das jetzige Versprechen, man wolle grosszügig sein, gibt uns keine Garantie für die Zukunft!

Studienberatung als Selektionsmittel

Einen wichtigen Stellenwert bei der Studienzeitbeschränkung nimmt die Studienberatung ein. Einmal werden alle Studierenden, die einen der beiden Termine (siehe Tabelle) verpasst haben, obligatorisch an die Studienberatung verwiesen. Weiter muss die Studienberatung jedoch für alle Studierenden während des ganzen Studiums zur Verfügung stehen, weil es sich niemand wird leisten können, wegen Unkenntnis des Unibetriebs oder mangelnder Beratung auch nur ein Semester zu verlieren.



Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer wirkungsvollen, im Gegensatz zu heute stark ausgebauten Studienberatung. Bis jetzt ist aber nur vorgesehen, pro Fach einen Dozenten oder Oberassistenten dafür verantwortlich zu machen. Weiter gehende Pläne, so eine vollamtliche Stelle für einen Studienberater, drohen aus «Finanzgründen» zu scheitern.

Studentenschaft der Universität Zürich SUZ

Ohne die Kompetenz der Dozenten und Oberassistenten für Studienberatung jetzt schon in Frage stellen zu wollen, scheint es uns doch wahrscheinlich, dass diese durch ihr neues Amt ziemlich überfordert sein werden. Will man nämlich eine voll funktionierende Studienberatung bieten, so bedeutet das einmal einen grossen Aufwand an Arbeit und Zeit, weiter setzt er aber auch Kenntnisse voraus, die weit über blosses Fachwissen hinausgehen und psychologischer und didaktischer Fähigkeiten und Kenntnissen bedürfen. Nehmen wir einmal folgendes Beispiel: Ein Student im 12. Semester kommt zum Studienberater, weil er sich für die Schlussprüfungen nicht angemeldet hat. Der Studienberater muss nun abklären warum. Es kann sein, dass der Betreffende krank war, aber auch dass er grosse psychische Probleme hat. Ganz gleich, was es ist, der Studienberater muss nun entscheiden, ob er dem Betreffenden eine Ausnahme zugesteht, so dass er weiterstudieren kann, oder eben nicht, womit dieser exmatrikuliert würde. Woher nimmt aber der Berater die Qualifikation für diese Entscheidung? Ist er nicht schlicht überfordert?

Damit wird an der Uni ein neues Selektionsmittel eingeführt: Anstelle einer Studienberatung, die einem sich in Schwierigkeiten befindenden Studierenden wirklich hilft, wird eine beratende Studienkontrolle vom Studierenden in Schwierigkeiten gar nicht mehr aufgesucht, er kapituliert und gibt das Studium auf.

Fazit: Mit der Studienzeitbeschränkung haben wir ein Geschenk bekommen, das den Politikern als Alibiargument dient, der Universitätsleitung und den Dozenten hilft, das Studium zu verschulen, und durch Verschärfung der Ausnahmebestimmungen jederzeit als Selektionsmittel bei zu hohen Studentenzahlen gebraucht werden kann – nur für uns Studierende hat nichts Positives dabei herausgeschaut. Aber man kann es halt nicht immer allen recht machen ...

KStR

wo d'schtudänte anegönd...

Rest. «Weisser Wind»
Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45
Räumlichkeiten für Feste und Anlässe (10–250 P.)
Preiswertes aus Küche und Keller
Fam. A. Fellmann

Tea-Room

Snackes
günstige Tellergerichte
Spezialitäten
zu jeder Tageszeit
kalt und warm
F. Rieder-Harlander
Rämistr. 31, beim Bellevue
vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»
gute Küche, angenehmer Aufenthalt
Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

atelier
tea room
zähringerstrasse 24 zürich 1
tel. 32 44 80
Der Treffpunkt der Studenten

Tea-Room «Vogelsang»
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30,
8006 Zürich
Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!
Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.
Wir freuen uns,
Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

Preiswert und gut essen im
Rest. «Johanniter»
Niederdorfstr. 70
und Rest. «Gans»
Niederdorfstr. 88
abends ins
jazz-house «Picadilly-Circus»
mit internat. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Mrestaurant
Stadelhofen
gut und preiswert

Schöner Wohnen's
Kafi Neumärt
Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse
Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre.
Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten.
Man trifft sich – man sieht sich im Neumärt!

ZUR KANTOREI
8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62
Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud

Restaurant
«am egge»
Froschaugasse 15
8001 Zürich, Tel. (01) 32 13 33
Warme Küche von 11 bis 24 h
Günstige Preise

Beachten Sie bitte unsere Inserate und berücksichtigen Sie unsere Inserenten.

Ansprechende Auswahl
günstige Preise
finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med.-vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Die Aktionswoche der Soziologiestudenten

Wenn Studenten «dozieren»

Vom 13. bis 17. Dezember riefen die Soziologiestudenten zu einer Aktionswoche auf. Nicht nur in der Kurzfassung des WoBü schilderten sie ihr Anliegen; um die Mitstudenten besser zu informieren und sie zum Mitmachen aufzufordern, gaben die Soziologen eigens «s'blatt», eine 17seitige Zeitung zum Thema Aktionswoche, heraus. Die brennendsten Themen wie Institutspolitik, Studiensituation und Berufsperspektiven, Theoriekritik wurden kurz vorgestellt. Die Diskussionsgrundlage war gegeben. Der folgende Artikel des Aktionskomitees beschreibt nun, was während dieser besonders aktiven Woche am Soziologischen Institut getan wurde und erklärt – in einer Sprache, die den Soziologen, wenn auch den alternativen, verrät –, wie es überhaupt zu dieser Aktionswoche kam und wie die Diskussion weitergeführt wird.

Auch eine Universität hat ihre Probleme, es sind die Probleme, die erwachsen aus dem Widerspruch verschiedener Systemimperative: einerseits den Ansprüchen des Individuums (in diesem Falle der Studenten, Assistenten und Dozenten) nach Überblick, Mit- und Selbstbestimmung, andrerseits den Ansprüchen der Wirtschaft nach Ausbildung systemkonformer Spezialisten, die gelernt haben, ihre Bedürfnisse und Interessen zurückzustellen.

Selektionshürden statt Diskussion

Der Zuwachs der Studentenzahl in den letzten Jahrzehnten, bedingt durch erhöhte Nachfrage der Wirtschaft, stellte die Universitäten vor verschiedene Probleme. Diese wurden nach Möglichkeit auf einfachste Art gelöst bzw. nicht gelöst, d. h. nach dem Prinzip der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Optimierung.

Bestand früher ein enger Kontakt zwischen Lehrkräften und Studenten wie auch unter den Studenten selber, scheint dies bei der anwachsenden Zahl von Studenten und den steigenden Anforderungen nicht mehr möglich zu sein. Der Zahl von Studenten wurden nicht etwa entsprechend mehr Lehrkräfte zur Verfügung gestellt, sondern man baute ganz einfach grössere Hörsäle mit noch mehr Bänken, und die Löhne der Dozenten stiegen weiter an. Dem Bedürfnis der Studenten nach persönlicher Orientierung und Diskussion wurden feste Lehrpläne und Selektionshürden wie Zwischenprüfungen entgegengesetzt.

Den überlasteten Dozenten bleibt neben administrativer Arbeit und persönlichen «Forschungsinteresse» nur noch wenig Zeit zur Kommunikation mit den Studenten. Deshalb institutionalisiert man sogenannte Sprechstunden oder überlässt die Sache der Studentenschaft.

Die Studienverhältnisse haben sich losgelöst von der Beeinflussbarkeit durch elementare menschliche Bedürfnisse und Interessen. Die Universität produziert fast nur noch direkt oder indirekt verwertbares Wissen für und im Dienste des ökonomischen Systems und zur Symptombekämpfung disfunktionaler Nebenfolgen eben dieses Systems.

Die bekannten Produkte dieser Verhältnisse sind Tendenzen in Richtung Spezialistentum, Isolation, harte Konkurrenz, Orientierungs- und Motivationslosigkeit.

Auch am noch relativ jungen soziologischen Institut zeichnen sich solche Tendenzen ab, vor allem fehlt es an Motivation sich an regulären Lehrveranstaltungen aktiv zu beteiligen, ferner bestehen Orientierungsschwierigkeiten im soziologischen Theoriendschungel, aber auch in bezug auf Funktionen und Möglichkeiten der Soziologie überhaupt.

Grundstudium als Starthilfe

Dem Bedürfnis nach Orientierung glaubte man durch die Strukturierung des Grundstudiums entgegenzukommen. In der Hinsicht, dass dies den Neueintretenden eine gewisse Starthilfe wäre, war man sich weitaus einig. Doch über Inhalt und Form eines Grundstudienplans bestanden verschiedene Ansichten.

Im Wintersemester 75/76 legte Professor Hoffmann-Nowotny einen eigenen Entwurf vor. Die damals neugegründete Fachschaft setzte sich mit diesem Konzept auseinander. Sie brachte ihre eigenen Vorschläge und machte die Akzeptierung eines Grundstudienplans von folgenden Punkten abhängig:

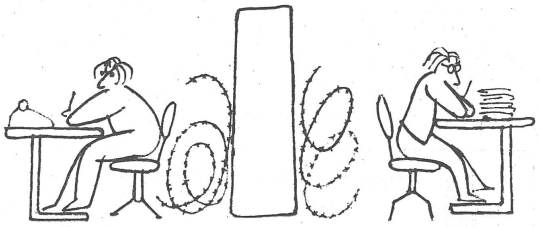
- keine Verschulung
- zwei «freie Seminare» (Thema und Seminarleiter werden durch die Studenten selber bestimmt)
- Einführung in materialistische-dialektische Soziologie (durch einen kompetenten Vertreter dieser Richtung)

Die freien Seminare sollten den Studenten ermöglichen, aus eigenen Bedürfnissen und Interessen entsprechende Themen für die Seminare zu bestimmen.

Die Einführung in materialistische-dialektische Soziologie sollte eine kompetente Auseinandersetzung mit diesem alternativen Ansatz ermöglichen. (Zynische, unsachliche Argumente haben wir schon genug gehört.)

Obwohl von der Institutsleitung unsere Mitarbeit begrüsst wurde, erschien Anfang dieses Semesters der definitive Grundstudienplan, ohne dass unsere Interessen nach freien Seminaren und Einführung in materialistische-dialektische Soziologie berücksichtigt worden wären. Im Alleingang setzte die Institutsleitung den Plan fest unter dem Motto: Mitarbeit der Studenten ja – Mitbestimmung nur, wenn sich deren Forderungen mit den eigenen decken.

Schon im Sommersemester 76 wurde durch die Vollversammlung der Soziologiestudenten für den Fall der Nichtberücksichtigung unserer Vorschläge eine Aktionswoche (AW) gutgeheissen. Spontan bildeten sich verschiedene Arbeitsgruppen, die die AW thematisch vorbereiten sollten. Anfang dieses Semesters wurde, nachdem man sich vor vollendete Tatsachen gestellt sah, die Aktionswoche auf den 13. bis 18. Dezember festgelegt.



Zeitung, Film und Diskussionen

«Die AW soll nicht nur unseren Forderungen Nachdruck verleihen, sondern zugleich Alternativwoche sein, in der Selbstverständnis von Wissenschaft, Studiensituation usw. breit diskutiert wird. Es ist Aufgabe der AW, latente und manifeste Probleme herauszukristallisieren und ihre Bedingungen zu hinterfragen. Auf Grund der AW sollte es uns später möglich sein, konkrete Forderungen zur Veränderung und Verbesserung unserer Studiensituation herauszuarbeiten.»

Die Vorbereitung und Koordination sollte ein offenes Aktionskomitee (AK) übernehmen. An den jeweiligen AK-Sitzungen beteiligten sich jeweils 10 bis 15 Studenten, wobei sich die Zusammensetzung jedesmal veränderte.

Gemeinsam wurde dann eine Zeitung vorbereitet und gedruckt. Eine Video-Gruppe interviewte unsere Dozenten und drehte einen Film in und vor Betrieben. Zeitung und Film eröffneten die Diskussion zur AW.

Eine Delegation nahm Kontakt auf mit Fachschaften und BGs anderer Studienrichtungen. Nebenfachstudenten wurden eingeladen, an der AW teilzunehmen und die regulären Veranstaltungen der Soziologen zu boykottieren.

«Eine Woche ist recht kurz»

Die Aktionswoche war für viele erster Gehversuch zur gemeinsamen aktiven Willensbildung.

Nach einem langen Tag der Diskussion, der Problematisierung latenter Widersprüche fühlte man sich erschöpft und war zum Teil auch etwas frustriert, weil das Thema nicht ausdiskutiert werden konnte und weil man noch keine konkreten Lösungen vor Augen hatte. Dies war aber abzusehen; eine Woche ist recht kurz zur Bearbeitung der Vielfalt der Probleme, ferner sollte die AW ja erst den Boden vorbereiten für eine permanente, aktive Auseinandersetzung.

Folgende Problemkreise wurden diskutiert:

- *Wissenschaftstheorie:* speziell die positivistische Strömung, die vielen Wissenschaftlern als Legitimationsgrundlage zu sozialtechnologischer Forschung dient.
- *Soziologie und Praxis:* Was sind die Möglichkeiten der Soziologie? Wie ist die Berufssituation für Soziologen in der Schweiz? Inwieweit ist das Studium auf eine spätere Berufssituation ausgerichtet? Möglichkeiten zur Verwirklichung politischer Ansprüche usw.
- *Funktion der Soziologie* in unserer Gesellschaft.
- *Alternative Ansätze der Theorienbildung* sowie der empirischen Forschung.
- Kritische Auseinandersetzung mit der «Theorie sozietaler Systeme» von Prof. Heintz.
- *Verhältnis Student/Gesellschaft,* speziell Arbeiterschaft. Möglichkeiten der Zusammenarbeit.
- *Institutspolitik:* Heutige Situation – alternative Strategien.

Während der ganzen Woche beteiligten sich 35 bis 55 Studenten. Das sind gut 75% der Soziologiestudenten, die noch reguläre Veranstaltungen besuchen. Die offiziellen Lehrveranstaltungen wurden erfolgreich bestreikt – nun, der Zufall wollte es, dass die Vorlesungen von Prof. Heintz und Prof. Hoffmann-Nowotny während der AW ausfielen. Die Herren Dozenten befanden sich an Kongressen . . .

Doch wie sie vorher zusagten, sind sie zu weiteren Gesprächen bereit. Es wird sich zeigen, inwiefern sie auf die Interessen der Studenten eingehen oder mittels ihrer Machtpositionen starr an ihren Vorstellungen festhalten werden.

Perspektiven

Die AW braucht ihre Fortsetzung in weiteren Diskussionen und Erarbeitung von konkreten Vorschlägen und Zukunftsstrategien. Dies bedingt wieder die volle Mitarbeit aller Soziologiestudenten. Zu diesem Zweck wurde die Organisation der Fachschaft demokratisiert. Die gewählten Vertreter des Vorstandes werden ergänzt durch möglichst viele Studenten der Vollversammlung. Dieser erweiterte Vorstand, in dem jeder anwesende Student seine Stimme hat, soll sich permanent mit Problemen, die uns betreffen, auseinandersetzen, die Arbeitsgruppen koordinieren und der Vollversammlung Vorschläge zur Diskussion und Abstimmung unterbreiten.

Für den *18. Januar* ist eine *Vollversammlung* vorgesehen, in der das vorläufige Vorgehen in bezug auf das Grundstudium bestimmt werden soll. Es ist Aufgabe des Aktionskomitees, Erkenntnisse und Vorschläge der AW zusammenzutragen und daraus konkrete Lösungsmöglichkeiten zu formulieren und diese der Vollversammlung zu unterbreiten.

In der AW kristallisierte sich heraus, dass ein Teil der Studenten bereit wäre, gewisse Konzessionen in bezug auf Forderungen an das Grundstudium zu machen. Allerdings unter der Bedingung, dass Mitarbeit und Mitbestimmung am Inhalt, der Gestaltung und der Besetzung von Lehrveranstaltungen garantiert werden und nicht mehr wie bis jetzt von losen, unverbindlichen Zugeständnissen abhängen. Im weiteren erschien eine engere Zusammenarbeit zwischen Studenten, Assistenten und Dozenten notwendig. Es zeigt sich, dass diese Gruppen bis jetzt isoliert voneinander arbeiteten und jeder einzelne nur gerade seinen eigenen Projekten nachging. Dies führt dazu, dass viele keine Ahnung haben, was neben ihnen im Institut genau vorgeht. Dies erklärt auch z. T. die verbreitete Orientierungslosigkeit und die fehlende Motivation, sich aktiv an regulären Veranstaltungen zu beteiligen.

Dieses Problem lässt sich allerdings nicht mit einem von oben herab diktierten Grundstudienplan zur Seite schieben.

In der AW zeigte sich, dass andere Formen der Kommunikation und die Möglichkeit der Selbstbestimmung die Integration und Motivierung der einzelnen Studenten fördern kann. Wir können uns also nicht einfach mit einer Strukturierung unserer Umwelt, die nicht einmal auf grundlegende Bedürfnisse eingeht, abfinden und dann einfach im vorgegebenen Rahmen weiterstudieren.

Am 20. Januar findet eine *grosse Diskussion aller Studenten, Assistenten und Dozenten* statt. Dort wird sich zeigen, inwieweit Lehrkräfte und Institutsleitung zu einer Zusammenarbeit in dargelegter Form bereit sind! Unser weiteres Vorgehen hängt von der Bereitschaft dieser Parteien ab.

Wir sind prinzipiell bereit, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und diese gemeinsam zu verwirklichen!

Wer sich für den weiteren Verlauf der Entwicklung am Soziologischen Institut interessiert, wende sich an die Fachschaft Soziologie, Zeltweg 63, 8032 Zürich.

Für das Aktionskomitee: Alex Erni

Streiflicht

Dienstag, 14. 12. 76, 10 Uhr, Zeltweg 63.
Ein Zimmer im 3. Stock. Kein Elfenbeinstübchen, nein, sondern ein moderner gutbeleuchteter, steriler Raum, ohne jede ablenkende Ausstattung; die ideale Umgebung für eine objektive, wertfreie soziologische Theorienentfaltung . . .!

Doch wird der Raum zweckentfremdet?

Auf einem Video-Bildschirm läuft ein Film: Soziologie-Studenten in einem Betrieb.

Bereiten sie die Revolution vor?!

Nein, sie diskutieren nur mit Arbeitern und Direktoren. Soziologen, bei der empirischen Arbeit? So macht man doch keine Interviews! Ist denn die Stichprobe überhaupt repräsentativ?

Nein, auch nicht.

Was soll denn eigentlich der Film?

10.15: der Film ist abgelaufen.

10.30: Im selben sterilen Raum ist eine Diskussion entbrannt. Der Raum ist überfüllt, die Tische stehen kreuz und quer. Von links und rechts, von hinten und vorne, ein Oben und Unten gibt es nicht, erheben sich Stimmen zur Diskussion.

Ist denn hier keine Ordnung, wer ist denn hier verantwortlich, wo ist der Dozent, der den sachlichen Ablauf der Diskussion gewährleisten kann?!

Eine reguläre Lehrveranstaltung?

Nein, nur eine Stunde aus der Aktionswoche der Soziologiestudenten!

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 820.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH

Edith Florin
Binderweg 26, 8046 Zürich
(Neuaffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

Zum Konflikt an der Konfliktforschungsstelle

M. Galliker, Psychologe an der Konfliktforschungsstelle des Soziologischen Instituts, hat die Kündigung erhalten.

Es kommt öfters vor, dass kritischen Assistenten die Anstellung nicht mehr verlängert wird; eine Kündigung ist aber eine Massnahme, die nur in Ausnahmefällen angewendet wird. Da eine Kündigung für den Betroffenen eine ernsthafte Beeinträchtigung oder gar Zerstörung seiner akademischen Zukunftschancen bedeutet, wird die Frage um so dringender, ob die Gründe für die Kündigung gerechtfertigt sind.

Die interdisziplinäre Konfliktforschungsstelle wurde vor etwa drei Jahren von Prof. Heintz und Prof. Moser (Psychologe) nach einer langwierigen Vorgeschichte, in der sie grosse Widerstände seitens der Fakultät und der Erziehungsdirektion zu überwinden hatten, gegründet. Sie ist mit drei Assistentenstellen besetzt, die alle vom Soziologischen Institut berappt werden, wobei Prof. Moser faktischer Leiter ist.

Politische Apathie untersuchen – und praktizieren

In der Anfangsphase wurde von zwei Soziologen eine kleine Bibliothek erstellt. Nach einem Jahr kam M. Galliker dazu, von dem bekannt war, dass er einen kritischen Ansatz vertritt, der deshalb auch nur mit der Auflage angestellt wurde, dass er sich nicht öffentlich-politisch betätigen dürfe! Zusammen mit R. Levy ging M. Galliker daran, ungefähr sieben Projektvorschläge auszuarbeiten, von denen man dann gemeinsam das Thema «politische Apathie» auswählte.

Bei der Projektformulierung ergaben sich erstmals ernsthafte methodologische Differenzen, die sich vor allem darin zeigten, dass Moser formalisierte Modelle untersuchen wollte, Levy einen handlungstheoretisch-soziologischen und Galliker einen psychoanalytisch-materialistischen Ansatz vertrat.

Man einigte sich darauf, einen Ansatz zu wählen, der zwei Bedingungen erfüllte:

1. er musste interdisziplinär sein
2. die verschiedenen genannten theoretischen Ansätze mussten berücksichtigt werden.

Es erwies sich, dass nur Gallikers Ansatz diese beiden Bedingungen erfüllte. Er wurde deshalb von allen beschlossen, nachdem er insbesondere auch von Heintz für gut befunden wurde.

Man ging also daran, in einem ersten Schritt eine Tiefeninterviewstudie mit einem dialektischen Ansatz durchzuführen (sie befindet sich in der Realisierung), in einem zweiten Schritt ist eine umfangreiche Fragebogenuntersuchung geplant, mit einem Ansatz, der etwa demjenigen der Frauenstudie entspricht.

Es zeigte sich aber bald, dass Prof. Moser, der sich bis zu diesem Zeitpunkt an inhaltlichen Diskussionen kaum je beteiligt hatte und nur an vier wöchentlichen administrativen Sitzungen anwesend war, offenbar anderes im Sinn hatte. Mit der Zeit wurden wissenschaftsfremde Einwände immer häufiger.

Der Leiter der Konfliktforschungsstelle stellte sich immer stärker in Gegensatz zur Gruppe, weil er aus persönlichen Neigungen und Angst vor konkreter Feldforschung rein formale Modelle, welche von aktuellen Bedürfnissen, Problemen und Konflikten abstrahieren, in den Vordergrund stellen wollte.

Schlechte Verteilung der Ressourcen?

Das gipfelte in der Anstellung eines Physikers mit EDV-Ausbildung! Dieser Physiker wurde gegen den Wunsch von R. Levy, M. Galliker und anfänglich auch von Prof. Heintz am 1. Januar 1976 angestellt, da innerhalb des «Apathie-Projektes» keine wissenschaftlich begründete Stelle für eine solche Qualifikation auffindbar war. Das zeigte sich dann sehr deutlich, stand er doch in diesem Jahr nur wenige Stunden für die Konfliktforschungsstelle zur Verfügung, und das seit beinahe einem Jahr!

Man kann sich wirklich fragen, ob die Ressourcen am Soziologischen Institut wirklich knapp sind oder ob es nicht vielmehr an der schlechten Verteilung liegt!

Prof. Moser, der offenbar nicht ahnte, dass man mit einem dialektischen Ansatz relevante empirische Forschung betreiben kann, versuchte nun mit bedauernswerten Argumenten (eine Zusammenarbeit sei nicht möglich, M. Galliker vertrete mit unabdingbarer Entschiedenheit andere Ansätze, Drohung mit Kündigung usw.) M. Galliker unter Druck zu setzen.

M. Galliker fühlte sich aber nach einer Besprechung mit Prof. Heintz beruhigt, als dieser ihm versicherte, die Kündigung müsse ja auch erst von ihm gutgeheissen werden.

Getarnt-politische Kündigung

Um so grösser war die Enttäuschung, als bekannt wurde, dass die Kündigung nun offenbar doch ausgesprochen wurde. *Heintz also offensichtlich seine Einwilligung dazu gegeben hat.* Dies würde bedeuten, dass die positive Entwicklung, die sich an der Konfliktforschungsstelle angebahnt hat (interdisziplinärer und dialektischer Ansatz, Behandlung konkreter empirischer Phänomene wie soziale und psychische Konflikte usw.) auf Kosten hochformalisierter, nichtssagender Simulationsmodelle abgebrochen würde. Wir müssen uns fragen, ob angesichts der inhaltlichen Konzeption von Prof. Moser noch Interesse bestehen würde, studentische Forschungsprojekte im Rahmen der Konfliktforschungsstelle durchzuführen, ganz zu schweigen von eventueller Anstellung von Soziologen.

Nach unserer Ansicht liegen keine Gründe vor, die eine Kündigung rechtfertigen würden, denn die von Heintz und Moser vorgebrachten Gründe sind nur persönlicher oder getarnt-politischer Natur.

Wir erklären uns deshalb solidarisch mit M. Galliker und fordern Heintz auf, zu diesem Fall und zur Wissenschaftspolitik des Konfliktforschungsinstituts Stellung zu nehmen.

Aus «s'blatt vo de soziologe», Nr. 0

Psychologiestudenten bieten ihre Dienste an

Wie aus dem Artikel «Rasche Hilfe ist nötig» (zs Dez. 76) hervorgeht, ist die studentische Beratungsstelle überlastet und muss zahlreiche Hilfesuchende an eine weitere Stelle überweisen.

Wir sind bereit, hilfesuchenden Studenten eine psychologische Unterstützung in beschränktem Umfang anzubieten. Wir sind Studenten/-innen der klinischen Psychologie, die in fortgeschrittener Ausbildung in klientenzentrierter Beratung stehen. Wir haben zwar noch wenig Routine in dieser Tätigkeit, zeichnen uns aber durch Enthusiasmus (hoffen wir) aus und stehen überdies unter regelmässiger Supervision eines erfahrenen Therapeuten. Selbstverständlich unterstehen wir der Geheimhaltungspflicht.

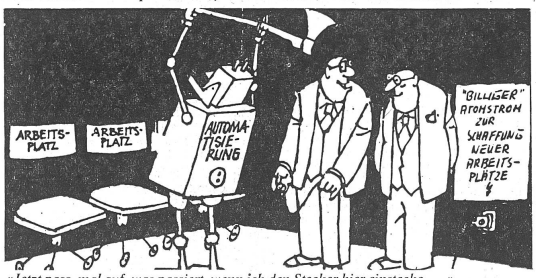
Kontakt: (01) 820 43 50, Daniel Ebnöter

Das moderne Rumpelstilzchen

Fortsetzung von Seite 2

len technischen Lebensdauer (auch wenn die Maschinen gegen Schluss nur noch auf Halbtouren produzieren).

bezug dieser Schadenkosten jede Energiemenge, die wir zusätzlich zu den mit einfachen Mitteln ausbeutbaren produzieren, volkswirtschaftlich stets teurer zu



«Jetzt pass mal auf, was passiert, wenn ich den Stecker hier einstecke . . .»
(Aus «konkret» 12/76)

Energie im Dutzend billiger?

Die in einem früheren Abschnitt gezeigte Kostenkurve C_{tot} taucht bei einer umfassenderen Betrachtung, welche nicht bloss der Gewinnmaximierung dient, auch in der Elektrizitätswirtschaft auf. Die Elektrizitätsgesellschaften machen uns stets weis, dass eine Kilowattstunde, die mit Kernbrennstoff produziert wird, billiger ist (oder werden soll) als die herkömmliche Wasserkraft-Elektrizität, was unter besonderen Umständen (keine Pannen im Kernkraftwerk usw.) stimmen mag. Der Unterschied ist aber auch im besten Falle derart minim, dass er im Vergleich zu den entstehenden Umweltschäden – würde man sie in Franken und Rappen den Energiegesellschaften fakturieren – gar nicht ins Gewicht fällt. Leider kann man diese sehr langfristigen Schäden nie genau vorausberechnen; viele sind schon gar nicht mehr rückgängig zu machen (genetische Veränderungen, Störungen der Biosphäre).

Auf jeden Fall kommt uns unter Ein-

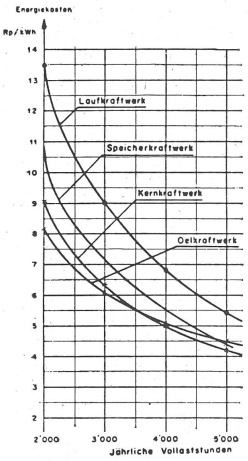
stehen. Alternative Energieformen (Sonne, Wind) werden von der industriellen Forschung stark vernachlässigt und figurieren z. B. auch nicht in entsprechenden Energiepreisstatistiken, weil sie infolge ihrer mengenmässigen Begrenztheit als drastische Expansionsquelle unserer Wirtschaft bei weitem nicht so vielversprechend sind wie die Kernenergie. Folgender Energiekostenvergleich verschiedener Kraftwerktypen enthält die genannten ökologischen Kosten nicht.

Trick der Nutzungsdauer

In einer nicht auf dem Konkurrenzsystem beruhenden Wirtschaft wäre die Nutzungsdauer eines Produktionsmittels, d. h. die Zeitspanne, in welcher die Produktionsanlage abgeschrieben werden soll, identisch mit der technischen Lebensdauer des Produktionsmittels.

Der Zwang zur immer rascheren Produktion – um den Konkurrenten auszuschalten – führt jedoch dazu, dass die Betriebe ihre Maschinen so schnell wie möglich abschreiben (diese sogenannte *kalkulatorische Nutzungsdauer* liegt oft weit unter der effektiven). Wie aus den Kostenbeispielen früherer Abschnitte ersichtlich ist, erhöht eine kurze Nutzungsdauer sehr wesentlich den Preis des Produktes, falls es sich um eine kapitalintensive Branche wie etwa Spinnereien oder Elektrizitätswerke handelt.

Die durch die künstliche Herabsetzung der Nutzungsdauer bedingten Mehrkosten können je nach Produktionsbereich durch tiefere Zinskosten (kürzerfristiger Kapitalbedarf bei rascher Abschreibung), niedrigere Lohnkosten, höhere Flexibilität punkto Änderung des Produktionssortiments (d. h. bessere Absatzmöglichkeiten) wieder wettgemacht werden, womit die auf raschen Verschleiss orientierte Firma eben doch wieder wettbewerbsfä-



Aus: Bulletin des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke vom 6. 3. 1976

hig ist. Dabei ist zu bemerken, dass Maschinen oft noch über ihre kalkulatorische Gebrauchsdauer hinaus für die Produktion verwendet werden, deren Kosten sodann sehr tief und deren Gewinn entsprechend hoch ist.

Mit dem vom Steuerzahler unterstützten, raschen technischen Fortschritt durch intensive Forschung liegt bereits nach Ablauf der kalkulatorischen Abschreibungszeit ein rationelleres Produktionsmittel vor (z. B. auf dem Energiesektor: Kernkraftwerke, später Brüter, später vielleicht Kernfusionskraftwerke). Scheinbar ist die neue oder «verbesserte» Produktionsmethode immer kostengünstiger als die letzte – sonst würde sie ja nicht angewendet! In Tat und Wahrheit werden aber Produktionsentscheidungen in kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen heutzutage derart monopolistisch gefällt, dass eine etwas einfachere und billigere Produktionsweise zum vornherein ausgeschlossen ist, da kein kleiner Konkurrent mit wenig Kapital in den betreffenden Markt einzusteigen vermag.

Huhn oder Ei?

Es stellt sich heraus, dass die Produktionsgeschwindigkeit und die Herstellungskosten sich ganz ähnlich verhalten wie die bekannte Lohn-Preis-Spirale: Wenn zum Zwecke der Umsatzsteigerung oder der Bedürfnisbefriedigung (Huhn oder Ei?) mehr Arbeitskräfte in einem Betrieb erforderlich sind, steigen tendenziell die Löhne. Um die Gesamtkosten dennoch niedrig zu halten, muss rationeller produziert werden. Die aufwendigeren Maschinenanlagen führen zu höheren Zinskosten, welche wiederum kompensiert werden müssen durch raschere Abschreibungen. Dies bedeutet, dass beim Konsumenten nach Ablauf der kalkulatorischen Nutzungsdauer wenn möglich ein neues Bedürfnis erweckt sein soll.

Die rasante Beschleunigung solcher Eskalationsprozesse kommt insbesondere auch durch das gegenseitige Aufschaukeln der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zustande. Die Textilindustrie kurbelt zur Senkung ihrer Kosten die Elektrizitätswirtschaft an (billigeres Garn bei höheren Drehzahlen); diese wiederum spannt den Kapitalmarkt an durch die notwendigen Investitionen usw. . . .

Gut, dass niemand weiss!

Der Trend jeder Firma zur Umsatzvergrösserung macht den Boden knapp und damit teuer. Man wird also versuchen, auf möglichst begrenztem Raum so viel wie möglich zu fabrizieren. Das Konkurrenzsystem, auf Kapitalkonzentration hinzielend, verhindert eine vernünftig produzierende, dezentralisierte Wirtschaft, da der grösste Gewinn stets im Zentrum eines grossen Absatzgebietes liegt.

Die volkswirtschaftlichen Kosten aber erscheinen nicht in den Kostenanalysen der Unternehmer. Aus dem privaten Geld- und Glücksbudget berappen wir die Folgen: Verstädterung, Agglomerationsprobleme, Schlafstädte; Nervenzerschleiss, ungesunde (rationelle) Ernährung, Arbeitswegzeit und Arbeitswegkosten, Entfremdung von einfachen überschaubaren, natürlichen wie technischen Prozessen.

R. Ruoff

Bürgerkrieg in Spanien

Vortrags- und Diskussionsreihe der Revolutionären Marxistischen Liga

Wer stand damals gegen wen? Woher die anarchistische Tradition unter den spanischen Arbeitern? Bürgerliche Demokratie oder proletarische Revolution? Welche Rolle spielte die Stalin-Bürokratie der UdSSR? Welche Bedeutung hat der spanische Bürgerkrieg, die spanische Revolution heute für die spanische Arbeiterbewegung, für den Sturz der Diktatur und die Eröffnung einer neuen revolutionären Periode in Spanien?

1. Teil: Vorgeschichte (bis 1931), Mittwoch, 19. Januar
2. Teil: Revolutionärer Aufschwung (1931–1939), Mittwoch, 26. Januar
3. Teil: Bürgerkrieg (1936–1939), Mittwoch, 2. Februar, jeweils um 19.30 Uhr im Volkshaus (Grüner Saal)

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

10% Rabatt

auf Brillen
Sonnenbrillen
Feldstecher
Höhenmesser
Kompasse
und Lupen

Kontaktlinsen
Preise auf Anfrage

BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO.
vorm. Hans Raunhardt
8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für
Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur
mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. **Juristisches Antiquariat.**

Welcher
Student
möchte unsere Lehrlinge einige Stunden wöchentlich in
Algebra
Elektrotechnik
Elektronik
Materialkunde
unterrichten?
Interessenten melden sich bei
Dr. von Ballmoos AG
Elektronik
Tödistrasse 44
8810 Horgen 2
Tel. 725 29 41

«konzept»-Pillenliste

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch Ratschläge und Adressen für noch aussichtslosere Fälle geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Farben
zum selber Malen
und die gute
Beratung bei
CANONICA! + Co
Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo . . .
aus Eigenfabrikation und diverse bekannte Marken
Auswahl an Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex.
Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires.
10% Rabatt für Studenten
Weinbergstrasse 15
8001 Zürich, Telefon 01 34 94 43

Studentenpreise! Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für
DISSERTATIONS-DRUCK
(auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)
und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Sie. Für Schreibarbeiten haben wir gute Empfehlungen.
Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.
DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich, Tel. (01) 53 69 33

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen
Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

SSS Studenten-Schreib-Service & SSS Print
Für Reinschrift und Druck sämtlicher wissenschaftlicher Arbeiten!
Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26 8006 Zürich

Gruppendynamische Klausurtagungen
Wochenenden, langlaufende Studien- und Balintgruppen
Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:
GAG Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Wangenerstr. 5
8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

Wo erhalten Sie beim Kauf von 10 gleichen Büchern Mengenrabatt?
Natürlich beim Buchhändler

VSETH-Seminar zu «Zwangskörperschaft»

Geplagte Studentenschaften

Die verfasste Studentenschaft steht heute im Schussfeld jener Kreise, man mag sie in der Hochschulverwaltung oder in rechtsstehenden Parteien und deren Ablegergruppen an den Hochschulen suchen, welchen schon immer fortschrittliche Studentenpolitik ein Dorn im Auge war. Ganz zu schweigen von jenen, welche jede Art studentenpolitischer Meinungsäusserung ablehnen. Mit von der Partie sind aber vor allem diejenigen, welche schon immer die studentische Politik in den «Griff» bekommen wollten, aber angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse in den Studentenparlamenten ihren Einfluss verloren haben. Nun versuchen jene Gruppierungen ausserhalb der verfassten Körperschaft die Zerschlagung der Studentenschaft voranzutreiben. Ihre Bemühungen scheint einstweilen Angelegenheit der Gerichte zu sein. Doch wie stellen sich die Studierenden an der ETH zu diesem Problem? Um dieser Frage nachzugehen, veranstaltete der VSETH im vergangenen Dezember ein Seminar zum Thema «Probleme der Studentenschaft». Geladen waren nebst Schulleitung und AVETH (= Assistentenverband) Vertreter der verschiedenen politischen Parteien.

Eine «Grundwelle», wie Christof Wehrli in seinem «NZZ»-Artikel richtig bemerkt, hat dieses Seminar nicht ausgelöst. Wenn auch der Zulauf im erwarteten kleinen Rahmen blieb (etwa 80 bis 100 Personen nahmen an den Veranstaltungen teil), kann doch von einem Erfolg gesprochen werden, wie die Reaktionen (Leserbriefe usw.) von Studenten und anderen ETH-Angehörigen beweisen. Die erste Veranstaltung konfrontierte die Meinungen von ETH-Präsident Ursprung und Rektor Zollinger mit denjenigen des VSETH und der AVETH.

Divide et impera!

Während die Verbände für eine verfasste Körperschaft plädierten, wandte sich der ETH-Präsident gegen eine solche Institution. Ursprung glaubte, wenn es für die Schulleitung wichtig wäre, die Meinung der Studenten einzuholen, solle dies durch Urabstimmungen geschehen. Seiner Ansicht nach können in diesem Fall Meinungen mit Ja oder Nein erfasst werden, denn die Fragestellung lautet nicht «Welche Meinungen vertreten die Studenten?», sondern «Haben die Studenten dieselbe Meinung?». Zudem trete er für Mitsprache, nicht für Mitbestimmung ein, daher seien einzig Urabstimmungen repräsentativ, dies im Gegensatz zu einer verfassten Studentenschaft, wo er die Meinungs- und Vereinsfreiheit bedroht sieht. Dienstleistungen (Polybuchhandlung, Verlag der Fachvereine, SSR, Kultur- und Filmstelle, WOKO, SAB, studentische Presse, um nur einige zu nennen. Anm. Red.) würden von der Schulverwaltung übernommen, da diese von ihr effizienter ausgeführt werden könnten. Politischen und anderen Gruppierungen sei eine Organisierung auf privatrechtlicher Basis möglich, allenfalls könnte man auf Fachvereine auf Abteilungsebene zurückgreifen, solange sich diese ausschliesslich mit unterrichtsspezifischen Fragen beschäftigen; ein Dachverband dränge sich hier nicht auf.

Die ETH ein Theater

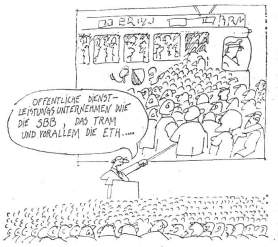
Rektor Zollinger, bekannt für besonders originelle Voten, verglich die ETH mit einem Dienstleistungsbetrieb in der Art wie die SBB oder VBZ. Die Studenten seien Benützer dieses Dienstleistungsbetriebes oder bestenfalls «Besucher», vergleichbar mit jenen, die eine Theatervorstellung besuchen. Da genannte Institutionen keine «Benützerorganisation» kennen, sei eine ebensolche an der ETH nicht notwendig. Zollinger versuchte dann gewisse Parallelen zwischen der Schulleitung und der Exekutive auf Gemeindeebene zu ziehen. Von Zeit zu Zeit könne man ja zu sogenannten Gemeindeversammlungen aufrufen; wie dies vor sich gehen soll, war ihm nicht ganz klar, irgendwie würde man da schon einen Weg finden.

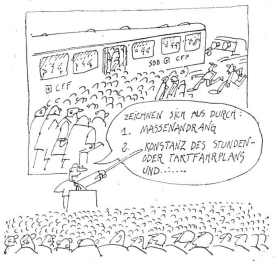
Bedauerlicherweise wurde von den Vertretern der Schulleitung inhaltlich nicht mehr geboten. Man ist versucht zu glauben, dass die ETH-Verantwortlichen der Frage studentischer Organisation keine grosse Bedeutung zumessen.

Der zweite Abend brachte in vieler Hinsicht Neues und Interessantes zum Thema Zwangskörperschaft.

Zum Beispiel Basel

Beat Martin von der Basler Studentenschaft orientierte die Teilnehmer des Seminars über die Situation an der Basler Uni. In Basel, wo die verfasste Studentenschaft auf Betreiben von vier Studenten per Gerichtsentscheid aufgelöst wurde, zeigte es sich, dass damit nur die Institution, nicht aber die Idee der organisierten Studentenschaft getroffen wurde. Es gelang in kurzer Zeit, wieder eine schlagkräftige Studentenorganisation auf die Beine zu stellen, welche trotz erheblichen finanziellen Einschränkungen durch ihre offenbar überzeugende Arbeit eine grosse Zahl von Mitgliedern gewinnen konnte.





Etwa ein Fünftel der Studenten organisierte sich in der von linken Hochschulgruppen, insbesondere der PSB (Progressive Studenten Basel), getragenen Basler Studentenschaft, welche heute aber nicht nur von den Linken gestützt wird. Bestrebungen seien im Gang, die Bündnisfähigkeit und das Öffnen der Politik zur Mitte hin zu orientieren, teilte Beat Martin mit, eine Notwendigkeit für eine Massenorganisation, wie er meinte. Mit einer Basis von 1050 Mitgliedern ist die Basler Studentenschaft heute in der Lage, die gewohnten Dienstleistungen wie zu früheren Zeiten zu erbringen.

Angriffe auf die verfasste Studentenschaft richteten sich naturgemäss nicht gegen die Fachvereine, da hier die Arbeit sehr konkret dem Studeninteresse galt, sondern vielmehr gegen den Zentralverband.

Heute arbeiten die Basler Studentenschaft und die Fachvereine wieder eng zusammen, so dass die Bindung der Studenten an die neue Organisation gefestigt werden konnte. Es zeigte sich hier, dass keine der rechtsstehenden Gruppierungen fähig war, eine Alternative zur Studentenschaft aufzubauen.

Mit der Einführung des neuen Uni-Gesetzes in Basel wird im Grossen Rat wieder die Möglichkeit einer Zwangskörperschaft diskutiert, welche freilich unter strikter Kontrolle einer Aufsichtsbehörde mit direkten Interventionsmöglichkeiten stünde.

Gesamtschweizerische Situation

Mathias Bohnert, ehemaliges Vorstandsmitglied des VSS kam anschliessend auf die Lage der Studentenschaften in der deutschen und der welschen Schweiz zu sprechen.

In Lausanne, Neuenburg und Genf wurden zu Beginn der 70er Jahre die Studentenschaften von trotzkistischen Gruppen «selbstaufgelöst», weil sie in ihnen ein bürgerliches Instrument sahen. In der Zwischenzeit wurden in Lausanne die Zwangsbeiträge durch die Universität weiterhin eingezogen und auch ein Teil dem VSS überwiesen. Hier versuchen nun einige Leute vom KJV (Kommunistischen Jugendverband), die Studentenschaft wieder aufzubauen. Auch in Genf haben sich verschiedene Fachschaften und nationale Organisationen neuerdings zu einem Dachverband zusammengeschlossen.

In Freiburg scheint die Zwangskörperschaft im Augenblick trotz Angriffen relativ gesichert, nicht zuletzt weil sich auch der STV für sie ausgesprochen hat.

Obwohl die Studentenschaft der Uni Bern im Vergleich zu anderen Studentenschaften eine gemässigtere Politik betrieb, geschahen gerade in Bern die spektakulärsten Ereignisse, wie Institutsbesetzungen, Sprengung der Veranstaltung mit Oberstkorpskommandant Hirschy, usw., wobei diese Aktionen hauptsächlich von ausseruniversitären, trotzkistischen Gruppen angerissen wurden. In der Folge wurde der Studentenschaft die Finanzautonomie entzogen und eine «Kasse für studentische Angelegenheiten» eingerichtet, bei der nun die Studentenschaft, aber auch Fachgruppen und andere Gruppierungen Finanzbegehren stellen müssen. Da die Studenten sich weigerten, bei dem angebotenen Stimmenverhältnis von 1:5 in der Kasse mitzuarbeiten, haben sie heute keinerlei Einblick in die Politik und die Entscheidungsprozesse der Kasse. Im nachhinein scheint dieser Entschluss falsch gewesen zu sein. Die Studentenschaft ist nun in der misslichen Lage, dass sie nie recht weiss, was sie machen soll: Soll sie sich als Zwangskörperschaft auflösen, um wieder mehr Aktionsfreiheit zu gewinnen, oder kann sie die Zwangskörperschaft retten, indem sie sich brav genug verhält?

(wird fortgesetzt)

Barbara Haering, Georg Hodel

Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH

FREIHOFER's
Wissenschaftliches Antiquariat
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Psychologie
Sonneggstrasse 21
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

echo

Kontrast zum Stress des Studentenalltags

Meine Ansichten über die Physikgebäude auf dem Hönggerberg unterscheiden sich zum Teil stark von denen Beat Schweingrubers. Nachstehend also die Gedanken, die mir beim Lesen des Artikels gekommen sind.

Das «Sexagon» ist mir nie respekteinflössend vorgekommen. Seine Merkmale sind Licht (5 Seiten bestehen aus Glas) und Ruhe. Ein wohltuender Kontrast zum Stress des Studentenalltags. Dann die für ein Gebäude der exakten Naturwissenschaft geradezu phantastische Idee, das Sechseck zugrundezulegen: Das einzige regelmässige Vieleck neben dem starren Quadrat, das sich zur Flächenaufteilung verwenden lässt. Die Idee wurde konsequent angewandt: Grundriss, Bodenplatten, lackierte Holzdecke, Lampen, Säulen: Das Sechseck wirkt nicht starr, sondern lebendig.

Die automatische Eingangstüre ist die angenehmste Türe der ganzen ETH. Auch den Rentnern gefällt es offensichtlich auf dem Hönggerberg, denn die Mensa wird jeweils nachmittags zum AHV-Treffpunkt umfunktioniert, und als Student findet man kaum noch Platz.

Zu den Stühlen: Im Gegensatz zum Zentrum (Klappe auf, Klappe zu) sind die Stühle auf dem Hönggerberg so konstruiert, dass man durch die Sitzreihen gehen kann, ohne dass überhaupt jemand deswegen aufstehen muss. Es zeugt von der Weitsichtigkeit des Architekten, dass er daran gedacht hat, dass ein Student eine Vorlesung ja auch einmal vorzeitig verlassen könnte . . .

Die Parkgarage (Beat Schweingrubers Logik: Wenn die öffentlichen Verkehrsverbindungen schon miserabel sind, dann sollten die Parkplätze erst recht teuer sein) hat jedenfalls zur Folge, dass auf «landschaftsverschönernde» Freiluftparkplätze ganz verzichtet werden konnte.

Den Bautrakt kenne ich nicht aus eigener Erfahrung. Nur soviel zu den verspiegelten Fenstern: Die Verspiegelung spart Energie, denn im Sommer werden die Gebäude weniger von der Sonne aufgeheizt und im Winter geht weniger Wärme verloren.

Auch ich gehe gern auf den Hönggerberg, aber nicht um mich zu belustigen, sondern um zu studieren, was dort viel besser geht als im Gewühl des Zentrums.

Roman Mäder, stud. math. ETH

Klotziger Gigantismus

Ich hatte als Arbeiter diesen Dezember während etwa einer Woche neben meinen Isolationsarbeiten am Brunnen im «Sexagon», die Gelegenheit, das Verhalten der Besucher und Benützer beim Eintreten in die St.-Technicus-Kathedrale zu beobachten.

Besonders die Rentner und die Mütter mit ihren Kindern, also die Finanzierer des Baus, schienen selten Verständnis aufgebracht zu haben für die voluminöse Bauweise. Die scheinbare Luxuriosität passt eben wahrscheinlich besonders gut ins Bild der Werktätigen von der Brutstätte des technischen Fortschritts.

Dass nun aber Beat Schweingruber im «Sexagon» geradezu die Wiedergeburt faschistischer Bauweise gesehen haben will, finde ich schon etwas stark. Gewiss, der klotzige Gigantismus, der auf dem ganzen Hönggerberg zur Anwendung kam und im «Sexagon» seine Krönung fand, schlägt nachhaltig auf das Gemüt. Trotz seiner gewaltigen Dimensionen hat man unwillkürlich das Gefühl, sich beim Eintreten ducken zu müssen; aber das passiert mir auch in jeder grösseren Kirche . . .

(Amüsiert hat mich wieder einmal die Behauptung, wonach das «Steinerswil» von Architekten gebaut worden sein soll. Ich habe nämlich noch nie davon gehört, dass zehn Architekten ohne einen Bauarbeiter ein Haus aufgestellt hätten; aber Arbeiter haben schon ohne Architekten ganze Städte gebaut.)

Hartmuth F. Attenhofer

Störungen wegen «unangenehmen» Klimas

«Geschichten aus dem Hönggerberg» – «zürcher student» Nr. 7/76, Dezember 1976.

Der Umzug auf den Hönggerberg Mitte Februar 1976 hat mir ausser einem längeren Arbeitsweg auch gesundheitliche Störungen eingebracht. Knapp zwei Monate nach dem Einzug konnte ich eines Tages meinen rechten Arm nicht mehr heben und den Kopf kaum mehr drehen. Etwas beunruhigt suchte ich einen Rheumaspezialisten auf, der zuerst die Frage stellte: «Arbeiten Sie in einem klimatisierten Büro?» Die Muskelverkrampfung musste mit Spritzen und Tabletten behoben werden. Kurz darauf reduzierten herbeigerufene Klimafachleute die ins Büro eingeblasene Luftmenge, doch blieb trotzdem ein leichter Luftzug spürbar. Im Spätsommer stellten sich denn auch prompt wieder ähnliche Symptome ein, die erneut ärztlich behandelt werden mussten (Spritzen, Tabletten, Rotlichtbestrahlung, Massage und Gymnastik). Weitere Reklamationen führten zum Besuch einer ETH-Equipe, welche mit Hilfe eines komplizierten Geräts feststellte, dass 85 Prozent aller Personen das in meinem Büro herrschende Klima als «unangenehm» bezeichnen würden, wenn Sie – wie ich – ohne Jacke arbeiteten, mit Jacke wären es noch 35 Prozent! Durch Zukleben einiger Lufteintrittsöffnungen über dem Arbeitsplatz erreichte man eine Umverteilung der eingeblasenen Luft; gleichzeitig wurde versichert, dass durch besondere Messungen festgestellt werden wird, welche zusätzlichе Massnahmen noch getroffen werden könnten. Die Berechtigung meiner Reklamationen war also bestätigt, die angekündigten Messungen sind bis heute – trotz wiederholten Anfragen – unterblieben. Bisher konnte ich weitere gesundheitliche Störungen durch das Tragen einer Jacke vermeiden. Bei Temperaturen um 20 Grad ist diese Auflage auch zumutbar. Ich kann mir allerdings das Jackentragen als Lösung meines «Klimaproblems» nur schlecht vorstellen, falls im nächsten Sommer die «klimatisierten» Temperaturen in meinem Büro ansteigen (was durchaus vernünftig ist) und wieder gegen 27 Grad klettern!

Ernst Heer

Baustil ist Geschmackssache

Weshalb eigentlich diese durchweg destruktive Kritik am Hönggerberg? Die Gebäudeanordnung und der Baustil sind doch wirklich Geschmackssache, mir gefällt der Hönggerberg jedenfalls. Ein «einschüchterndes Raumerlebnis» habe ich in der Eingangshalle des HPH nie gehabt, die Lüftung zieht nicht mehr und nicht weniger als in den neuen Hörsälen des ETH-Zentrums. Dass eine Klimaanlage überhaupt nötig ist, wird wohl niemand bestreiten. Warum diese ironischen Bemerkungen über die Autoparkplätze für Studenten, statt sich zu freuen, dass die Studenten – die sonst immer «die letzten im Umzug» sind – hier auch berücksichtigt wurden. Schliesslich fährt nicht jeder mit der VBZ auf den Hönggerberg. Sicher, heute würde nicht mehr so grosszügig geplant. Das berechtigt uns aber keinesfalls, auf solche Art über diese Gebäude zu schimpfen. Wir Studenten haben ja wohl mit unseren Einkommensteuern den geringsten Beitrag daran geleistet.

Matthias U. Wehrlin

Rechtsberatung REBEKO

Der Stipendienfall H. Z.

Die Rechtsberatungskommission (REBEKO) hat letzthin einen interessanten und – wie es scheint – bezeichnenden Fall zu behandeln gehabt. Es lohnt sich, ihn einem breiteren Kreis bekannt zu machen.

H. Z. ist Glarner Kantonsbürger, hat aber immer im Kanton Aargau gelebt. Dieser Kanton hat ihm denn auch regelmässig Beiträge für sein Studium in Zürich (Uni) gewährt. Als der auf dem zweiten Bildungsweg studierende H. Z. Ende 1975 in Zürich Wohnsitz nahm, erhielt er auf gewöhnliches Gesuch hin von den Aargauer Behörden plötzlich einen ablehnenden Bescheid. Dieser stützte sich auf das *Stipendiengesetz von 1968*, namentlich auf die Tatsache, dass H. Z. weder Kantonsbürger ist noch seinen Wohnsitz im Kanton hat, der Aargau mithin zur weiteren Gewährung von Stipendien an H. Z. nicht mehr kompetent sei. H. Z. wandte sich sodann an die Stipendienberatung beider Hochschulen in Zürich. Ein von ihm eingereichtes Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Die Zürcher Behörden hielten sich ihrerseits aufgrund der Verordnung von 1974 und des Reglements von 1975 (vor allem von § 4.1.1.) ebenfalls für nicht kompetent zur Ausrichtung von Stipendien an H. Z.

Dagegen rekurrierte der Gesuchsteller an den Erziehungsrat, im wesentlichen mit folgender Begründung: Das Bundesgesetz von 1965 über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien, namentlich Art. 7, knüpfe deren Gewährung an die Bedingung, dass die Kantone (und Beitragsempfänger) selber in ihren Stipendienbestimmungen *keine «Karenzfristen»* einführen werden oder bereits eingeführte zuerst aufheben. Der Kanton Zürich geniesst nun die Ausrichtung solcher Beiträge des Bundes. Der § 4.1.1. des Reglements von 1975 ist aber nichts anderes als eine solche Karenzfrist. Diese Bestimmung, die nach und *trotz* den klaren, vom Bundesgesetzgeber auferlegten Bedingungen eingeführt worden ist, darf, weil bundesrechtswidrig, keine Anwendung finden. Der Kanton Zürich muss sich demzufolge im Falle H. Z. kompetent erklären.

Die ganze Angelegenheit hat nebenbei einen pikanten Aspekt: In Bern weiss man Bescheid über diese Angelegenheit. Die logische Folgerung aus dieser Erkenntnis wäre aber, dass man den Bund anhalten würde, die Zürcher Regierung aufzufordern, die fraglichen Bestimmungen aus der Welt zu schaffen. Es scheint freilich niemand etwas zu unternehmen. Wer möchte sich denn schon wegen eines solchen Anliegens exponieren?

Schliesslich kann man noch feststellen, dass H. Z. Unrecht widerfahren ist; er erfüllt die materiellen Voraussetzungen zur Erlangung von Studienbeiträgen in jeder Beziehung, sieht sich aber von den angegangenen Behörden hin- und hergeschoben. Niemand will kompetent sein.

Der Rekurs ist zurzeit noch pendent.

REBEKO

Der International Students' Club

Unterhaltung für ausländische Studenten

Eine gute Möglichkeit, in Zürich (abends) zu überleben, ist der International Students' Club (ISC) am Augustinerhof 1, unweit des Paradeplatzes. Der Klub besteht seit Beginn der sechziger Jahre und hat den Zweck, ausländischen Studierenden an den Zürcher Hochschulen einen Treffpunkt zu bieten, an dem sie schweizerischen Kollegen begegnen können. Männliche Mitglieder (ab 18 Jahren) müssen eine Legi haben, weibliche nicht. Die Schweizer Mitglieder sind augenblicklich sehr stark vertreten, doch an den beliebten Nationalabenden, an denen je nach Nation Genever, Akvavit oder Jamaica-Rum in Strömen fliesst, spricht oft nur jede(r) dritte Schweizerdeutsch.

Andere Anlässe sind Chlaus, Silvester, Fasnacht und Höhepunkte des Kirchenjahres; der Galaabend im Frühsommer, zwei bis drei Ausflüge im Jahr, sei es zum Spargelessen im Elsass oder zum Skifahren in Klosters; ausserdem Tanzkurse speziell für unsere Mitglieder, erteilt von qualifizierten Lehrern. Im Augenblick wird auch eine klubeigene «Guggemusig» aufgebaut, in der für musikalische Wunderkinder noch einige Plätze frei sind.

Doch diese vom Programmchef vorbereiteten Anlässe sind nur die eine Hälfte des Klubprogramms: die andere Hälfte wird der Initiative der Mitglieder überlassen.

Der ISC ist aber auch ganz einfach ein idealer Ort, um Kontakte anzuknüpfen. Der Klub zählt rund hundert Ausländer aus über zwanzig Nationen; wo sonst im biedern Zürich kann man sich am selben Abend mit einem Schwarzen über die Weissen, mit einem Polen über die Russen und mit einer Finnin über die Vorteile des gemischten Dampfbades unterhalten?

Wenn dich solches interessiert, dann versuch es doch einmal mit einer Probemitgliedschaft bis Ende April 1977. Komm einfach einmal mittwochs, freitags oder samstags vorbei (am besten zwischen 21 und 22 Uhr), bring, falls männlich, deine Legi mit und beziehe eine Einladungskarte, die dir dreimal Eintritt verschafft. Oder komm an einen «Aufnahmeabend» (im WoKa/Wobü publiziert) und werde direkt Mitglied (Legi, 2 Passphotos).

Um dir die Bekanntschaft mit dem ISC noch zu erleichtern, veranstalten wir vom 12. Januar bis 19. Januar 1977 eine «Woche der offenen Tür»: Wir lassen in dieser Zeit jedermann gratis herein, bis der Klub voll ist. An allen Abenden (ausser am Samstag) finden auch Mitgliederaufnahmen statt.

Und noch etwas: Wenn du einen Ausländer kennst, der hier studiert und sich abends langweilt: bring ihn mit! Und wenn du eine Ausländerin kennst, die nicht studiert, aber sich auch langweilt: bring sie ebenfalls.

Musig am Määntig

Los Kusis

Musig am Määntig, 17. Januar 1977, 20.30 Uhr, Untere Mensa Uni, Eintritt 4/6 Fr.

«Musig am Määntig» begann in der ersten Hälfte dieses Semesters mit einem qualitativ fulminanten Start, so dass für alle ein grosser Erfolg zu verzeichnen war. Und es mag für «Musig am Määntig» sprechen, wenn es im neuen Jahr gleich so weitergeht.

Am 17. Januar wird die bolivianische Gruppe «*Los Kusis*» zu hören und zu

KULTUR STELLE

sehen sein. Ihre sprühende, fast besessene Musikalität und die Beherrschung ihres reichhaltigen Instrumentariums wie Charango, Gitarre, Quena Pinkillo, Tarka, Zampona, Bombo usw. haben diesen vier Südamerikanern auf ihren Tourneen durch Südamerika und Europa (1974) nur Kritiken der Superlative eingebracht. Weiter zeichnen sich die Auftritte durch erstaunliche Ursprünglichkeit und Intensität aus, verbunden mit indianischen Elementen – sind doch heute noch fünfzig Prozent der bolivianischen Bevölkerung indianischen Ursprungs. So ist neben dem Spanischen auch das Quechua, die Reichssprache der Inkas, zu hören. Alles in allem bieten die vier Musiker, die sich in wundervoll bestickten Gewändern präsentieren, einen Einblick in die bolivianische Kultur, weit weg von dem leider auch in dieser Sparte üblich gewordenen Star- und Showkult.

Veranstaltungen

Musig am Määntig

Los Kusis
17. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr.

Bully Wee
24. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr.

Flötenrezital mit Raymond Meylan und Werner Giger, Klavier
31. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa der Uni, Eintritt 4/6 Fr.

«*Zadig*», Laientheater mit Schülern und Lehrlingen von Jürgen Hahn.
2./3./4. Febr., 20.00 Uhr, in der Unteren Mensa.

Renaissancemusik mit dem Ensemble *Corollarium*
Mo. 7. Febr., 20.30 Uhr, in der Unteren Mensa,

Filmstelle VSETH und Kulturstelle SUZ

Die Filmaufführungen der beiden Filmstellen sind in thematische Zyklen aufgeteilt. Eine ausführliche Dokumentation dazu ist an den Vorverkaufsstellen und an der Tageskasse für 3.20 Franken erhältlich.

Eintrittspreise:
für die Aufführungen an der Uni/ETH: 2 Fr. (Vorverkauf 1.50 Fr. bei SAB ETH-Mensa, Hönggerberg, Uni-Kiosk)
für die Mittagsvorführungen im Kino City (Stüssihofstatt): 3 Fr. an der Tageskasse

Der folgende Kalender der Filmvorführungen ist nach den thematischen Blöcken aufgegliedert.

«Kritischer Realismus» im neuen italienischen Film

«*Confessione di un comissario . . .*» (1970). Von *D. Damiani* mit *F. Nero, M. Beltsam, C. Gora,* 1970
12./13. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr

«*La Cina è vicina*» (1967). Von *M. Bellocchio* mit *G. Mauri, E. Tattoli, P. Graziosi, D. Surina*
19./20. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr

«*Film d'Amore e d'anarchia*» (1972). Von *Lina Wertmüller* mit *G. Giannini, M. Melato, E. Pagno, L. Politi*
26./27. Januar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr

Michel Soutter

«*Haschisch*» (1967). Der zweite Spielfilm des Genfer Regisseurs mit *E. Snob* und *D. Catton*
2./3. Februar, ETH-HG F7, 19.30 Uhr

Persönlichkeitsspaltung im Film

«*Der Student von Prag*» (Deutschland 1913). Von *Stellan Rye* mit *Paul Wegener* und *John Gottowt*
18. Januar, Kino City, 12.10 Uhr

«*Das Kabinett des Dr. Caligari*» (Deutschland 1919). Von *R. Wiene* mit *C. Veidt, W. Krauss, L. Dagover, F. Feher*
25. Januar, UNI-HS 118, 12.10 Uhr

«*The Innocents*» (GB 1962). Von *Jack Clayton* nach *Henry James* mit *Deborah Kerr*

Mensa-Fäscht

Freitag, 28. Januar 1976
20.00–2.00 Uhr

Das traditionelle «*Mensa-Fäscht*» ist etwa nicht eines unrühmlichen Todes gestorben, es ist noch am Leben und purlimunter wie der sprichwörtliche Fisch im klaren Wasser. Es hat zwar einige Änderungen gegeben. So hat sich die Mensafest-Kommission mit der Kulturstelle zusammengetan, die beiden haben «fusioniert», wie das heute ja so üblich ist. Und dann war da noch das «Uni-Volksfest», wo männiglich sich vergnügen und dem Laster des «Sich-im-Takte-Wiegens und Gegenseitig-Umherschiebens» (sprich: Tanz) hingeben konnte.

Aber jetzt kommt es trotzdem, das nächste Mensafäscht, und zwar mit Pauken und Trompeten und «Super Love». Nein, darunter machen wir es nicht. Nicht «Hot Love», nicht «Tender Love», nicht «Wild Love» und auch nicht «Romantic Love», nein jetzt kommt «Super Love», die Tanzband, die Dir den Rhythmus in die Knie und den Schweiss aus den Poren fahren lässt. (Man muss heute eine Gruppe knallhart anpreisen, wenn man mit «Good News» & Co. noch einigermassen Schritt halten will.) Aber «Super Love» ist wirklich eine ausgezeichnete Band, für die «Soul», «Raggae» und «Funky» keine Fremdwörter sind. Zusammen mit einer Diskothek wird «Super Love» in der untern Mensa für Non-Stop-Tanzvergnügen besorgt sein.

In der obern Mensa wird eine Rockband mit verschiedenen Attraktionen abwechseln, damit Asthmatiker eine Verschnaufpause einlegen können. Und weil Du jetzt so richtig «gwundrig» geworden bist, verraten wir Dir erst recht nicht, was da alles passiert. Mosch halt cho luege . . . (6 Fr. für den Eintritt nicht vergessen!)

28. Jan., 20–02 Uhr in der Uni, Eintritt 6 Franken

Bully Wee

Montag, 24. Januar, 20.30 Uhr, Untere Mensa, Eintritt 4/6 Fr.

Denkt man an eine Folkgruppe keltischer oder englischer Prägung, so bewegen sich die Gedanken in einer von zwei Richtungen – in Richtung akustischer traditioneller Gruppen wie Boys of the Lough, Bothy Band, High Lever Ranters (vielleicht auch Planxty), oder in Richtung progressiver Folk-Rock-Gruppen wie Steeye Span, Jack the Lad usw. Das wäre auch nicht grundsätzlich falsch. Aber auf der Folkszene '76 kann man sich eine Verschmelzung anderer Musikarten mit dem Folk vorstellen. Wie steht es mit Einflüssen aus der klassischen Musik oder aus dem Bereich des Jazz? Ebendiese Verschmelzungen findet man in der Musik der Gruppe Bully Wee. Sie besteht aus vier Musikern, zwei Schotten, John und Jim Yarddley, einem Iren, Frank Simon, und (als einzigem Fremdkörper) dem Londoner Ian Cutler. Sie haben sich das Ziel gesetzt, Traditionelle schottische und irische Musik mit Jazz- und klassischen Einflüssen zu bereichern. Mit beachtlichem Erfolg. Wenn Frank Simon auf der Gitarre eine traditionelle Tanzmelodie plötzlich mit für das Folk-Publikum völlig ungewohnten Jazzakkorden begleitet, reagiert das Publikum oft mit Staunen – und da kann man das Staunen nicht immer positiv bewerten. Aber Bully Wee lässt die Musik ihren Lauf nehmen, und wenn an einer Stelle solche Einflüsse dem Gefühl nach hineinpassen – warum nicht? Zusätzlich zum musikalischen Können besitzt die Gruppe eine beachtenswerte Fähigkeit, einen warmen Kontakt mit dem Publikum zu schaffen – ohne Tricks, ohne Gags –, nur dadurch, dass sie gelöst und natürlich wirkt.

Musik der Renaissance und des Barock

Mo., 7. Febr. 77, 20.30 Uhr, Untere Mensa

Das Ensemble «Corollarium» widmet sich der Aufführung von Musik der Renaissance und des Barocks auf dem ihr gemässen Instrumentarium. Es versucht diese Musik des 15. bis 18. Jahrhunderts mit historischen Instrumenten und der lebendigen Spielweise der Zeit dem heutigen Publikum nahezubringen.

Die Instrumente, die an der «Musig am Määntig»-Aufführung vom 7. Februar zu hören sind, sind Originalen aus dem 15. bis 17. Jahrhundert nachgebaut und kommen meist in verschiedenen Grössen vor, da fast alle Instrumente in «Familien» oder «Chören» auftraten. Der Schwerpunkt des Instrumentariums liegt bei den Holzblässern wie Schalmeien, Fagotten, Querflöten und Blockflöten. Dazu kommen die Viola und das Viriginal (Tasteninstrument) sowie zwei Singstimmen.

Auf dem Programm stehen Instrumentalwerke von deutschen Komponisten wie *Schein* (der die Canzon «Corollarium» schrieb), *Scheidt* und *Pezel*, eine Suite mit Tänzen englischer Meister, drei Madrigale des Francoflamen *Orlando di Lasso*, die gemischt instrumental-vokal aufgeführt werden, und nach der Pause Lieder und Instrumentalstücke des in Zürich geborenen *Ludwig Senfl* und der Francoflamen Heinrich Isaak und Josquin des Prés.

Die Mitglieder des Ensemble Corollarium lernten sich 1970 als Schüler von Prof. Helga Weber an der Musikhochschule Hamburg kennen und treffen sich regelmässig zur Probenarbeit, obwohl sie heute an verschiedenen Orten tätig sind. In Basel an der Schola Cantorum Basiliensis studieren und studierten *Renate Hildebrand* (Oboe, Blockflöte), *Almut Treichert* (Gesang, Blockflöte) und *Käthe Wagner* (Fagott, Blockflöte). Alle drei sind als Instrumentallehrer im Raum Basel tätig. *Christine* (Viola da Gamba, Blockflöte) und *Klaus Holsten* (Querflöte) leben in München, wo Klaus Holsten im Orchester der bayrischen Staatsoper spielt. *Martin Nitz* ist nach dem Studium von Cembalo und Blockflöte jetzt Dozent an der Musikhochschule Hamburg.

Wir freuen uns, auch auf dem Gebiet der klassischen Musik im Rahmen von «Musig am Määntig» mit diesem kommentierten Konzert gute Musik präsentieren zu können, die man in Zürich sonst kaum hört. *kw/ht*

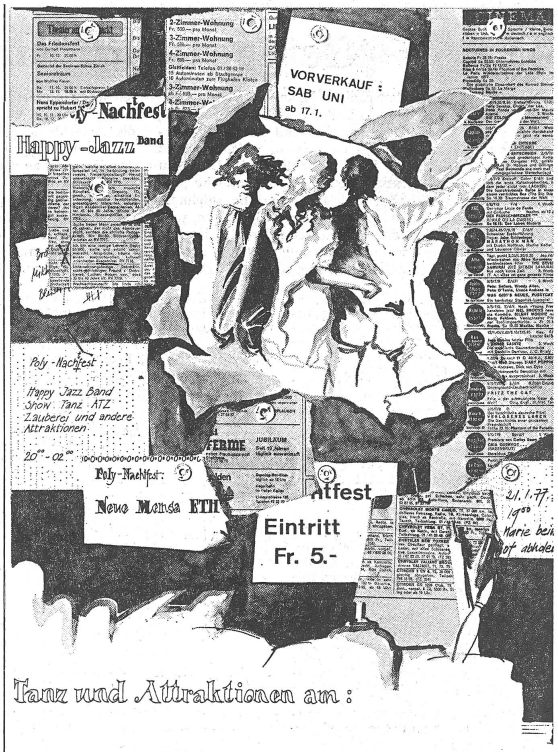
Flötenrezital von Raymond Meylan

Montag, 31. Januar, 20.30 Uhr in der Untern Mensa

Die Flöte ist ein traditionelles Instrument, wie wir dem Buch von Raymond Meylan entnehmen, sie ist aber zugleich ein sehr modernes Instrument, wie jeder Herbie-Mann-Fan weiss. Wir kennen Prof. Meylan als Leiter des Akademischen Orchesters, als grossen Theoretiker der Flöte, als denjenigen, dem wir die Filmmusik zu Martis Film «Ursula oder das unwerte Leben» zu verdanken haben.

Wir haben Meylan eingeladen, im Rahmen von «Musig am Määntig» ein Flötenrezital zu geben, da wir wissen, dass wenige so wie er die Magie der Flötenmusik zum Ausdruck bringen können. Meylan improvisiert die «Kleine Nachtmusik» von Mozart auf leeren Weinflaschen, und wenn er das tut, ist es mehr als nur ein Gag. Das Programm für diesen «klassischen» «Musig am Määntig»-Abend ist vorwiegend romantisch und neoromantisch. Es enthält die wichtigsten Werke des Originalrepertoires aus diesen Epochen: *Ludwig van Beethoven: Vier variierte Themen, Opus 107, Nr. 9, 10, 7 und 3*/Schottische Weise: «O, du nur bist mein Herzensbub» und «Die Hochlandswache»/Russische Weise: «Schöne Minka, ich muss scheiden»/Tiroler Weise: «A Madel, ja a Madel.» *Gaetano Donizetti:* Sonate (1819), Largo – Allegretto. *Franz Schubert:* Introduktion und Variation über «Ihr Blümlein alle», Opus 160. *Sergei Prokofieff:* Sonate in D-Dur, Opus 94, Andantino – Allegretto scherzando – Andante – Allegro con brio.

Werner Giger wird Meylans Flötenrezital auf dem Klavier begleiten. *Kust/ht*



Tanz und Attraktionen am:

Poly Nachtfest Freitag 21.1.77

Kosta und Kulturstelle VSETH

N. Nicolier Dez. 76

Polyfest

Freitag, den 21.1.1977, von 20 bis 2 Uhr in der neuen ETH-Mensa. Eintritt 5 Fr. Vorverkauf ab 17.1. bei SAB oder Belmont

Die KOSTA (Kommission für studentische Anlässe) und die Kulturstelle des VSETH haben in Zusammenarbeit ein Fest im grösseren Rahmen vorbereitet. Es war nicht unsere Absicht, etwas in der Form eines Polyballes oder der Grösse eines Uni-Volksfestes zu organisieren, sondern ein Fest in der neuen ETH-Mensa im grösseren Rahmen als die Mensafeste der Uni.

Unsere Idee ist es, nicht eine reine Tanzveranstaltung zu organisieren, sondern Tanz mit verschiedenen Darbietungen zu verbinden und daraus ein abendfüllendes Programm im Stil eines «Tanz-Cabarets» zu gestalten. Der Besucher soll nicht nur Zuschauer sein, sondern soll auch mitmachen können.

- Das neun Mann starke Show- und Tanzorchester «Happy Jazz», das auf allen Sparten der Unterhaltungsmusik bestens bewandert ist, wird den musikalischen Rahmen bilden.
- Die Tanzmusik wird durch verschiedene Künstler wie den Zauberer und Bauchredner «Pascal», der im Showgeschäft längst kein Neuling ist, unterbrochen.
- Jive-, Samba-, Rumba-, und Cha-Cha-Cha-Darbietungen des akademischen Tanzklubs Zürich werden die Tanzfreudigen und Tanzinteressierten in die hohe Schule des Tanzes einweihen.
- Im Lauf des Abends werden noch andere Künstler und Überraschungen zu sehen sein. Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt, vom Bier über den Wein bis hin zu den heissen Würstchen steht alles bereit.

Telefonziitig
01/39 11 12
kurz und kritisch

Abgehört und aufgeschrieben

Das Thearena-Abschlussfest vom 18. auf den 19. Dezember war gegen zwei Uhr morgens beendet. Die Spätheimkehrer staunten nicht schlecht, als sie ganz in der Nähe der Roten Fabrik etwa 10 Polizisten mit Helm, Maschinenpistole und Hund sahen. Als sich jemand im Namen der «Telefonzitig» beim Kommando der Stadtpolizei nach dieser Aktion erkundigte, tönte die Antwort etwa so: «. . . Polizei dort draussen? – Nein, das stimmt sicher nicht.» Als der Fragesteller erklärte, dass er keineswegs in einem Zustand gewesen sei, in dem er Polizisten erfinden würde, sagte man plötzlich: «. . . Ah ja, aber es hat nichts mit der Sache zu tun gehabt. Ein Fehlalarm. Wir haben uns etwas anderes vorgestellt dort draussen.»

Es nimmt uns wunder, wann bei einer Opernhauspremiere einmal so ein Fehlalarm vorkommt.

Aus dem Leben der Konzerne: diesmal Oerlikon-Bührle. Im Geschäftsjahr 1975 ist trotz Rezession die Umsatzzunahme vom Bührle im Bereich Militärprodukte um 48% angestiegen. Laut des neuesten Kreditanstalt-Bulletins ist in diesem Bührle-Zweig mit weiteren Umsatzsteigerungen zu rechnen.

SAB Selbsthilfegenossenschaft der Studierenden an der ETH

Einladung

zur 18. ordentlichen Generalversammlung: Freitag, 28. Januar 1977, 20.00 Uhr, im Hauptgebäude der ETH, HG F33.1

Traktanden
1. Wahl der Stimmenzähler, des Tagespräsidenten und der Protokollführer
2. Protokoll der 17. ordentlichen Generalversammlung
3. Jahresbericht des Obmanns
4. Abnahme der Jahresrechnung und der Bilanz. Bericht der Kontrollstelle. Entlastung der Verwaltung
5. Verwendung des Reingewinns
6. Wahl der Verwaltung
7. Varia

Alle Genossenschafter sind herzlich eingeladen. Als Ausweis ist der Anteilschein mitzubringen

Für die Verwaltung
sig. *H. Elmer*